

# Inhaltsverzeichnis

## 12.11.2007 öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

### Sitzungsdokumente

Bekanntmachung öffentlich und nicht öffentlich

### Vorlagendokumente

- Top Ö 6**                    Einrichtung eines Kulturbüros in der Stadt Ahrensburg  
Vorlage: 2007/118  
Vorlage  
Projektbeschreibung Kulturbüro Ahrensburg
- Top Ö 7**                    2. Änderungssatzung der Entschädigungssatzung der Stadt Ahrensburg  
Vorlage: 2007/125  
Vorlage Hauptausschuss  
Anlage 1 - Veränderungsliste
- Top Ö 8**                    Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011  
Vorlage: 2007/116  
Vorlage
- Top Ö 9**                    Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008  
- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -  
Vorlage: 2007/115  
Vorlage  
Haushaltssatzung 2008  
Verpflichtungsermächtigungen
- Top Ö 10**                  Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008  
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2008  
Vorlage: 2007/128  
Vorlage  
Anlage 1: Stellenplan der Stadt Ahrensburg für 2008  
Anlage 2: Veränderungsliste Stellenplan 2008  
Anlage 3: Veränderungsliste schriftliche Begründung  
Anlage 4: Stellenplanquerschnitt Stellenplan 2008  
Anlage 5: Berechnung der Stellenverhältnisse

## **Top Ö 12**

Budgetbericht Hauptausschuss III. Quartal 2007

Vorlage: 2007/126

Vorlage

Anlage

## **Amtliche Bekanntmachung**

**Gremium** : **Hauptausschuss**  
**Datum** : **12.11.2007**  
**Ort, Raum** : **Rathaus, Sitzungszimmer 601**  
**Beginn** : **19:00 Uhr**

### **T a g e s o r d n u n g**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2007 vom 01.10.07
5. Bericht der Bürgermeisterin
6. Einrichtung eines Kulturbüros in der Stadt Ahrensburg
7. 2. Änderungssatzung der Entschädigungssatzung der Stadt Ahrensburg
8. Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011
9. Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008  
- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -
10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008  
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2008
11. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 19.11.07

12. Budgetbericht Hauptausschuss III. Quartal 2007
13. Verschiedenes

Es kann beschlossen werden, dass einzelne Punkte der Tagesordnung in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden. In dieser Sitzung werden voraussichtlich folgende Tagesordnungspunkte nicht öffentlich beraten:

14. Bericht der Bürgermeisterin
15. Rechnungsprüfungsangelegenheit
16. Personalangelegenheit
17. Verschiedenes

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2007/118</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 18.10.2007	Aktenzeichen III	Federführend: Herr Krause

## Betreff

### Einrichtung eines Kulturbüros in der Stadt Ahrensburg

Beratungsfolge Gremium		Datum	Berichterstatter	
Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss Hauptausschuss		01.11.2007 12.11.2007		
Finanzielle Auswirkungen :	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung :		JA		NEIN
Haushaltsstelle :				
Gesamtausgaben :	Im Jahr 2008 insgesamt 124.800 €, davon anteilige Kosten für die Stadt Ahrensburg in Höhe von 62.400 €			
Folgekosten :	Gleiche Kosten in 2009 und 2010 wie in 2008.			
<b>Bemerkung:</b> Die Gesamtausgaben und Folgekosten sollen antragsgemäß zu 50 % aus Fördermitteln gedeckt werden.				

## Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß beiliegender Projektbeschreibung (Anlage 1) beim Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig- Holstein im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft einen Antrag auf Einrichtung eines Kulturbüros in der Stadt Ahrensburg zu stellen.

Die für die Stadt anfallenden anteiligen Kosten in Höhe von 62.400 €/Jahr werden in die Haushalte 2008 bis 2010 eingestellt.

## Sachverhalt:

Ein wichtiges Ergebnis der Stadtmarketinganalyse erstellt von der CIMA Lübeck ist die Herausstellung des Schlosses Ahrensburg als Imagerträger der Stadt. Zugleich stellt die Studie fest, dass das historische Ensemble Schloß – Marstall – Schloßkirche über ein kulturelles Potenzial verfügt, das es noch auszuschöpfen gilt. Notwendig ist eine zielgerichtete und intensive Kooperation der Kulturträger, um für alle Beteiligten eine stärkere Nachfrage zu erreichen und den Wirtschaftsfaktor Kultur zu stärken. Parallel dazu hat die Stadt Ahrensburg die Umsetzung des nachhaltigen Realisierungskonzeptes zur Stadtentwicklung begonnen. Besonders der 1. Bauabschnitt Gutshof – Marstall und die Schloßpark-Kernfläche sind ein wichtige Motoren für die Stärkung des Kulturstandortes. Inhaltlich müssen das kulturelle Angebot, die Bedarfe und die Zielgruppen jedoch konkretisiert werden, um in der Schloßstadt Ahrensburg und der Metropolregion ein eigenes kulturelles Profil zu entwickeln.

Zur Errichtung eines Kulturbüros zwecks Schaffung eines Netzwerkes zwischen Kultur und Wirtschaft ist es möglich, einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft beim Land Schleswig-Holstein zu stellen.

Die Fördermaßnahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft beinhalten neben drei weiteren auch den Schwerpunkt der Entwicklung der spezifischen regionalen Potentiale.

Darin heißt es:

#### „4. Entwicklung der spezifischen regionalen Potentiale

Mit den Maßnahmen dieses Schwerpunkts sollen zum einen die spezifischen Stärken Schleswig-Holsteins in der Kultur- und Tourismuswirtschaft ausgebaut und erweitert werden. Gefördert werden können etwa erlebnisorientierte Einrichtungen, an der Tourismusstrategie des Landes ausgerichtete Kooperations- und Marketingkonzepte sowie die Aufwertung von Tourismusorten durch einen an den Kundenwünschen orientierten Ausbau der Infrastruktur. Zum anderen werden Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den Ober- und Mittelzentren des Landes unterstützt.“

„Das Zukunftsprogramm Wirtschaft unterstützt somit Regionen, die ihre Potenziale stärken wollen – zum Beispiel durch den Ausbau der regionalen Infrastruktur, die Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung oder der Kultur- und Tourismuswirtschaft. Die Fördermittel können künftig im gesamten Landesgebiet eingesetzt werden und kommen so auch leistungsstarken Regionen zugute, ohne dass die strukturschwachen Regionen zu kurz kommen.“

Die Ziele des mit der Errichtung des Kulturbüros verbundenen Kulturmanagements sind im Wesentlichen nachhaltig

- die Stärkung und den Ausbau der vorhandenen kulturellen Potentiale,
- die Profilierung der Stadt Ahrensburg als Kulturstandort in der Metropolregion Hamburg und
- die Stärkung und den Ausbau des Wirtschaftsfaktors Kultur und der Wirtschaftskraft der Stadt Ahrensburg

zu erreichen.

Das geplante Kulturbüro wird bei der Stadtverwaltung angesiedelt und soll mit einer Person besetzt werden. Die Stelle wird öffentlich ausgeschrieben.

Die Auswahl eines/einer geeigneten Bewerbers/Bewerberin erfolgt im Hauptausschuss. Die Stelle wird nicht im Stellenplan ausgewiesen. Die Beschäftigung soll über einen Honorar- oder Werkvertrag erfolgen.

Die in der Beschlussvorlage genannten anteiligen Selbstkosten der Stadt Ahrensburg sind aufgrund einer notwendigen Vollkostenrechnung Maximalkosten und sollen durch die Bereitstellung vorhandener Strukturen gesenkt werden. Unter anderem ist es denkbar, die in den Sachkosten genannten Mieten durch die Nutzung vorhandener eigener Räumlichkeiten einzusparen bzw. als einen durch die Stadt aufgebrauchten Eigenanteil auszuweisen.

Der Antrag wird von der Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft mbH Stormarn unterstützt.

Die nächsten Schritte sind:

- Feinabstimmung mit der WAS
- Vorlage des Antrages bis zum 09.11.2007 an das Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein zur Vorprüfung
- Vorlage im Regionalbeirat der Regionalgeschäftsstelle Süd-Ost am 22.11.2007 zur Beratung und Empfehlung
- Vorlage und Entscheidung im Wirtschaftsministerium
- Umsetzung der Maßnahme

---

Pepper  
Bürgermeisterin

### **Anlagen:**

Projektbeschreibung Kulturbüro Ahrensburg

# Anlage 1

## KULTURBÜRO AHRENSBURG

### PROJEKTbeschreibung

#### 1. ALLGEMEINER TEIL – AUSGANGSLAGE

##### 1.1 Ahrensburg Heute

Die strukturpolitischen Rahmenbedingungen Ahrensburgs sind durch die Lage in der Metropolregion Hamburg geprägt. Ahrensburg liegt in einem Verdichtungsraum und hat die Funktion eines Mittelzentrums auf der Siedlungsachse Hamburg-Wandsbek – Ahrensburg – Bargteheide – Bad Oldesloe<sup>1</sup>.

#### Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerung gesamt	2003	2004	2005	2006
Ahrensburg <sup>2</sup>	30.677	30.807	30.831	30.155
Kreis Stormarn <sup>3</sup>	221.974	223.694	224.583	225.232

Die Bevölkerungsprognose<sup>4</sup> für die Hamburg-Randkreise geht davon aus, dass trotz anhaltender Wanderungsgewinne aus Hamburg, die Bevölkerungszuwächse in allen Kreisen abnehmen werden. Die so beschriebene Tendenz zeichnet sich bereits heute für den Kreis Stormarn und die Stadt Ahrensburg ab.

Zudem wird die Region im Umland der Metropole Hamburg im Vergleich zu den schrumpfungsgelagerten ländlichen Räumen stärker durch Alterungsprozesse der Bevölkerung gekennzeichnet. So haben sich beispielsweise die Wanderungsgewinne nach Ahrensburg in der Altersgruppe 50+ zwischen 2002 und 2004 verdoppelt. Ahrensburg ist damit weiterhin nachgefragter, traditioneller Alterswohnsitz für die Metropolregion und profitiert von der „Suburbanisierung einkommensstarker Bevölkerungsschichten in gut angebundene Umlandgemeinden“<sup>4</sup>.

Die Verschiebungen bei den Altersklassen verändern auch wesentlich die Nachfrage nach infrastrukturellen Einrichtungen und so wird ein entsprechend wachsender Bedarf im Bereich kultureller Angebote insbesondere in der Altersgruppe 50+ prognostiziert.

#### Standortanalyse

Die im Rahmen des initiierten Stadtmarketings durchgeführte Standortanalyse (Haushalts- und Expertenbefragung) hat wichtige Beurteilungen und Selbsteinschätzungen<sup>5</sup> gebracht:

- Erstklassiger Wohnstandort mit Kleinstadt-Flair am Rande der Metropole Hamburg
- 97,6% Wohnzufriedenheit der Bewohner
- Schloss als eindeutiger und meistgenannter Image- und Identifikationsträger

<sup>1</sup> Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein (LRÖP) 1998

<sup>2</sup> Stadt Ahrensburg, 2006

<sup>3</sup> Statistikamt Nord, 2007

<sup>4</sup> Hamburg-Randkreise „Gemeinsames Datenprofil 2007“

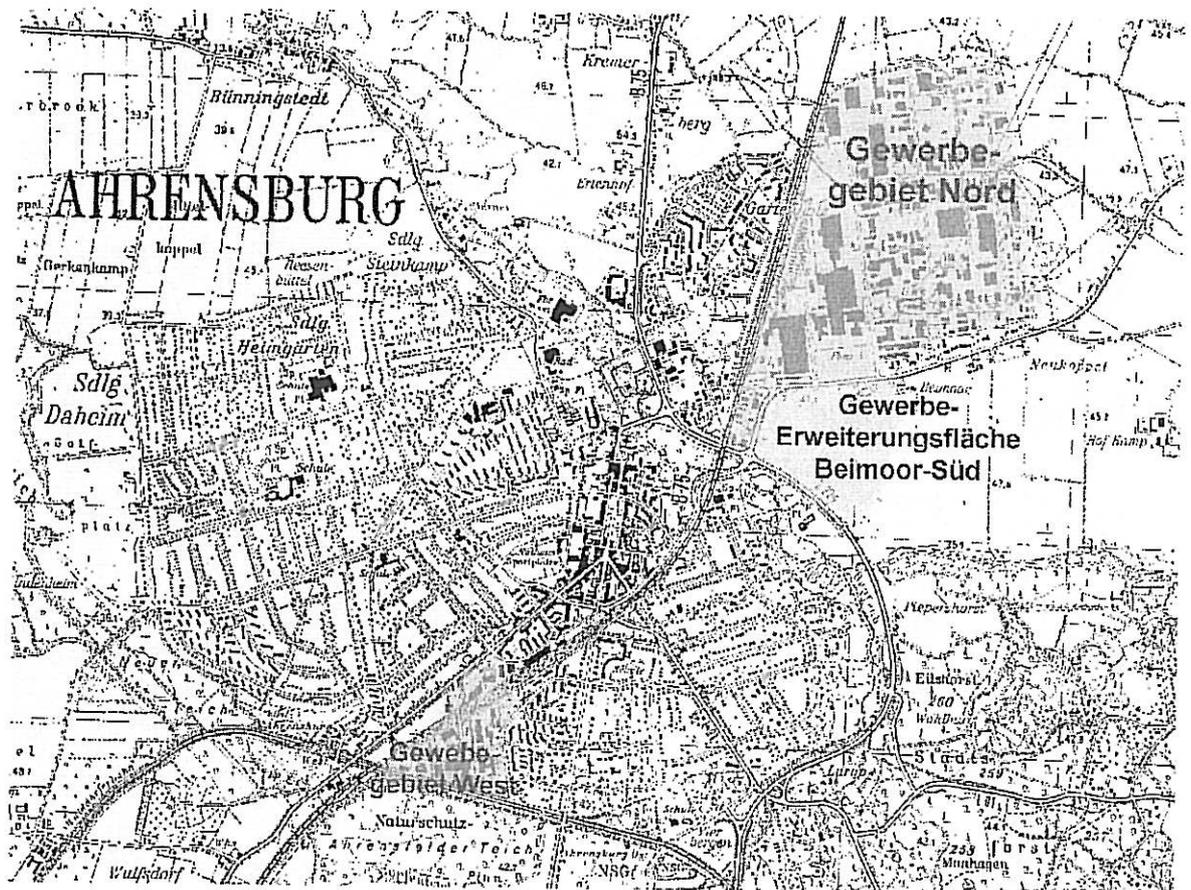
<sup>5</sup> Stadtmarketing Ahrensburg – Bericht. CIMA Stadtmarketing GmbH Lübeck, 2007

## 1.2 Wirtschaftsstandort Ahrensburg

Ahrensburg ist fester Bestandteil der dynamisch wachsenden Metropolregion Hamburg. Der Ahrensburger Wirtschaftsstandort und seine Bedeutung lässt sich darüber hinaus anhand weiterer wichtiger Charakteristika beschreiben:

- Ahrensburg ist die wirtschaftlich stärkste Stadt im Kreis Stormarn. Der Kreis gehört zu den dynamischen Wachstumsregionen Deutschlands und erwartet zukünftig weiterhin eine überproportionale, jedoch in ihrer Dynamik abgeschwächte Entwicklung.
- Ahrensburg ist wichtiger Motor und Kompetenzträger der Regionalentwicklung. Die Stadt verfügt über die höchste Beschäftigungszahl im Kreis.
- Ahrensburg ist Standort wichtiger bundesweiter Leit- und Wachstumsbranchen und nimmt im Clusterkonzept des Landes Schleswig-Holstein eine Schlüsselposition ein.

Zu den namhaften und hier ansässigen Unternehmen zählen u.a.: Axel Springer AG (Druckerei- und Verlagswesen), Acer Computer GmbH (PC-Hersteller), Basler AG (Vision Technology), Prinovis Ahrensburg GmbH (Druckerei- und Verlagswesen), Clariant (Spezialchemie), Sanyo Video Vertrieb (Elektronik), edding AG (Schreibwaren), E.ON Hanse AG (Energieversorgung), Stern-Wywiol Gruppe (Food and Feed-Ingredients), Hela Gewürzwerk Hermann Laue GmbH & Co. KG EAE Media GmbH. Die Mehrzahl dieser Unternehmen hat ihren Sitz in den beiden wichtigsten und logistisch günstig angebundenen Gewerbegebieten der Stadt gefunden. Das Gewerbegebiet Beimoor Nord zählt mit seinen 170 ha zu den flächengrößten und bedeutendsten Gewerbebeständen des Landes. Zurzeit befindet sich seine südliche etwa 33 ha umfassende Erweiterungsfläche - das Gewerbegebiet Beimoor Süd - in Entwicklung. Weiterhin verfügt die Stadt über das Gewerbegebiet West (14 ha).



Schwerpunkte der Branchenstruktur	Elektronik, Optik, Kunststoffe, Nahrungsmittel, Druckerei, Großhandel und Verteilungszentren		
Steuerhebesätze	Gewerbsteuer	Grundsteuer A	Grundsteuer B
	350 v. H.	300 v. H.	300 v. H.

Die Zahl der Betriebe und Unternehmen ist auch in den letzten Jahren insgesamt weiter gewachsen, wenngleich sich die prognostizierte Abschwächung in der Dynamik sowohl an den Kennzahlen für den Kreis als auch für die Stadt ablesen lässt.

Ahrensburg	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl der Gewerbebetriebe <sup>6</sup>	3.433	3.577	3.698	3.821	3.905
Zuwachs gegenüber Vorjahr	151	144	101	123	k.A.

Kreis Stormarn	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl der Betriebe <sup>7</sup>	10.540	10.759	10.931	10.899	k.A.
Zuwachs gegenüber Vorjahr	k.A.	219	172	-32	k.A.

## Verkehrsanbindung

Der Wirtschaftsstandort verfügt mit den direkten Anschlüssen an die Bundesautobahn A1 und die Bundesstraße B75 über eine kurze und direkte Verbindung zu den Hansestädten Hamburg (22 km) und Lübeck (37 km). Über den Ahrensburger Bahnhof ist die Stadt in den Hamburger Verkehrsverbund (S-Bahn, U-Bahn) integriert und an die Regionalbahn (Hamburg-Bad Oldesloe-Lübeck) angeschlossen. Des Weiteren liegen wichtige Infrastrukturen der Metropole – z. B. Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel und Hamburger Hafen – unmittelbar benachbart. Weitere Informationen zu diesem Thema unter [www.ahrensburg.de](http://www.ahrensburg.de).

## Beschäftigung und Kaufkraft

Während die Beschäftigtenentwicklung in den Hamburger Randkreisen im Zeitraum 1995-2005 überwiegend stagnierte bzw. sank, zählte Ahrensburg zu den wenigen Kommunen, die einen Zugewinn an Beschäftigten verzeichnen konnten. In der Zeit von 2005 bis 2006 stieg entgegen dem allgemeinen Entwicklungstrend im Land Schleswig-Holstein die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt Ahrensburg von 14.447 auf 14.849, somit um ca. 3%, ähnlich der Entwicklung im Kreis Stormarn.

Der für die Randkreise im gleichen Betrachtungszeitraum konstatierte anteilige Anstieg geringfügig Beschäftigter bzw. Teilzeitbeschäftigter hat den Kreis Stormarn so nicht betroffen.

Anteil der Teilzeitbeschäftigten	2003	2004	2005	2006
Kreis Stormarn	16,6	16,4	16,3	16,3

<sup>6</sup> Stadt Ahrensburg – Bericht über die Entwicklung wichtiger Strukturdaten. 2007

<sup>7</sup> Statistikamt Nord 2007

Die Arbeitslosenzahlen des Kreises Stormarn und der Stadt Ahrensburg liegen deutlich unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Gemäß der aktuellen Statistik des Jahres 2007 konnte die Arbeitslosenquote in der Stadt Ahrensburg nochmals deutlich auf 4,4 % verringert werden

Arbeitslosenquote in %	2003	2004	2005	2006
Ahrensburg	7,5	8,3	7,3	5,3
Kreis Stormarn	7,6	7,6	8,0	6,8
Land Schleswig-Holstein <sup>8</sup>	-	11,1	13,0	-
Deutschland <sup>10</sup>	11,6	11,7	13,0	-

In den hamburgnahen Gebietsteilen der Kreise Pinneberg und Stormarn befinden sich besonders viele Gemeinden mit hohen Kaufkraftziffern<sup>9</sup>. Die Stadt Ahrensburg verfügt ebenfalls über ein sehr hohes Kaufkraftniveau. Die entsprechende Kaufkraftkennziffer der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für das Jahr 2006 wurde mit 130,9 (Deutschland=100)<sup>10</sup> ermittelt und liegt damit wiederum deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Im Jahre 2006 betrug das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in der Stadt Ahrensburg 23.073 €.

Kennzeichnend für den Kreis Stormarn und die Stadt Ahrensburg ist ihr jeweils hoher Beschäftigtenanteil im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe.

Ahrensburg Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>11</sup> / davon nach Branchen	insgesamt	männlich	weiblich
	14.849	8.554	6.295
Produzierendes / Verarbeitendes Gewerbe	4.278	3.363	915
Handel, Dienstleistung	3.500	1.845	1.655
Immobilien, Wohnung, Vermietung	2.998	1.769	1.229
Gesundheit, Soziales	1.371	206	1.165
Baugewerbe	469	397	72
Öffentliche Verwaltung	469	171	298
Sonstige öffentliche Leistungen	438	167	257
Banken, Versicherung	407	170	237
Gastgewerbe	310	144	166
Verkehr	297	166	131
Erziehung, Unterricht	152	31	121
Energie- und Wasserversorgung	93	76	17
Land- und Forstwirtschaft	65	46	19

<sup>8</sup> Bundesagentur für Arbeit

<sup>9</sup> Hamburg-Randkreise „Gemeinsames Datenprofil 2007“

<sup>10</sup> IHK Lübeck. Strukturdaten 2006

<sup>11</sup> Bundesagentur für Arbeit – Statistik mit Stichtag 31.12.2006

## Fremdenverkehr / Tourismus

Der Tourismus als Wirtschaftsfaktor konnte sich im Kreis Stormarn bislang nicht so etablieren wie beispielsweise im benachbarten Kreis Herzogtum Lauenburg. Während in der landesweiten Vermarktung das Herzogtum als eigenständige Tourismusregion geführt wird, muss sich Stormarn in der sehr weit gefassten Region „Binnenland“ positionieren<sup>12</sup>. Entsprechend nehmen sich die Gäste- und Übernachtungszahlen vergleichsweise bescheiden aus.

Die Attraktivität der Stadt Ahrensburg für Tagestouristen ist jedoch insbesondere durch das Schlossensemble weitaus höher.

Übernachtungen	2003	2004	2005	2006
Stadt Ahrensburg	-	-	61.877	71.530
Kreis Stormarn <sup>13</sup>	265.233	279.258	-	302.974

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 1,9 Tagen (2004) im Kreis Stormarn verweist zudem auf das Überwiegen des Geschäftsreiseverkehrs an der Gesamtbilanz registrierter Beherbergungen. Die Stadt Ahrensburg verfügt insgesamt über eine Beherbergungskapazität von ca. 417 Betten (2006). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer belief sich in 2006 gleichfalls auf 1,9 Tage, die Zahl der Ankünfte auf insgesamt 37.882.

## 2 Projekt Kulturbüro Ahrensburg

### 2.1 Kultur in Ahrensburg- Ausgangslage-

#### Schlossensemble

Das Schlossensemble beinhaltet das Schloss mit dem Schlosspark, die Schlossmühle, den Marstall und die Schlosskirche. Es handelt sich dabei jeweils um denkmalgeschützte Einrichtungen.

#### Schloss

Im Tal der Aue, an der B75 gelegen, bietet das Renaissance-Wasserschloss Ahrensburg dem Besucher einen faszinierenden Anblick. Das im Jahre 1595 von Peter Rantzau erbaute Schloss ist ein Juwel in der Museumslandschaft Schleswig- Holsteins und zugleich der Imagräger der Stadt Ahrensburg.

Ab Wiedereröffnung im Jahre 1955 zählt das Schloss zu den Hauptsehenswürdigkeiten in Schleswig- Holstein.

Heute gilt das Schloss als ein lebendiges Museum der Schleswig-Holsteinischen Adelskultur und präsentiert Originaleinrichtungen des 18. und 19. Jahrhunderts.

Das Schloss und der Schlosspark befinden sich seit 2003 im Besitz der Stiftung Schloss Ahrensburg, welche dieses auch bewirtschaftet.

Seitdem hat sich das Schloss mit dem Schlosspark in enger Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege des Landes Schleswig- Holstein neben dem Museumsbetrieb zunehmend für Events geöffnet (Living & Garden, Open-air-Konzerte, Feste etc. mit je 1.500 – 4.000 Besucher).

<sup>12</sup> Machbarkeitsstudie Landesgartenschau Ahrensburg 2011. Herbstreit Landschaftsarchitekten 2004

<sup>13</sup> Statistikamt Nord. 2007

Entgegen dem allgemein zu verzeichnenden Besucherrückgang in der Museumslandschaft konnte im Museumsbereich des Schlosses Ahrensburg die Besucherzahl im Zeitraum 2003 bis 2006 von 20.000 auf 30.000 Besucher p. a., also um ca. 33 % gesteigert werden.

Das oben beschriebene kulturelle Angebot wird jenseits des Schlossensembles durch **nachfolgende weitere Veranstaltungsorte** ergänzt.

## **Marstall**

Der Marstall Ahrensburg ist Teil der historischen Anlage, aus der heraus sich die Stadt entwickelt hat. Unmittelbar gegenüber dem Schloss gelegen, befindet sich im vorderen, älteren Teil, einer dreiflügeligen Anlage, die Stallhalle. Sie ist seit Jahren zu einer auch weit über die Region hinaus anerkannten Ausstellungshalle geworden und präsentiert ganzjährig zeitgenössische Kunst aller Couleur. Die Kulturstiftung Stormarn ist in diesem Bereich federführend, ergänzend zu diesem Programm projiziert der mit der Veranstaltungsplanung betraute Marstall Förderverein eigene Werkschauen.

Im hinteren, von der Straße her nicht einsehbaren Teil der Anlage, befindet sich die Reithalle, die zu einer modernen Fläche mittlerer Größe umgebaut worden ist. Mit dem neuen Foyer, das sich für kleinere Veranstaltungen mit einer Beteiligung von ca. 70 Zuschauern eignet, bildet sie das neue Herzstück des Marstalls. Sie ist multifunktional ausgerichtet, verfügt über 300 Plätze, Bühne, Beschallung, Beleuchtung etc. nach modernen Anforderungen.

Eigentümerin des Marstalls ist die Stadt Ahrensburg, die dem Förderverein Marstall e.V. die Immobilie zur kulturellen Nutzung überlassen hat. Dieser wiederum bedient sich einerseits der Initiative und Bereitschaft ehrenamtlicher Helfer, andererseits hat er parallel zur Neugestaltung der Reithalle eine professionelle Struktur aufgebaut, die konzeptionell und organisatorisch das Zentrum weiterentwickeln und in eine erfolgreiche und lange Zukunft führen soll.

## **Schlosskirche**

Die Ahrensburger Schlosskirche und die 24 Gottesbuden wurden in den Jahren 1594 bis 1596 von dem Grafen Peter Rantzau erbaut. Sie sollte dem in der Nachbarschaft erbauten Schloss als Schlosskirche dienen. Sie war auch Begräbnisplatz für die gräfliche Familie, aber zugleich Gemeindegemeindekirche für das neu gegründete Kirchspiel Woldenhorn. Die Kirche wurde früher deswegen "Woldenhorn Kirche" genannt. Erst im 19. Jahrhundert nahm dieses Dorf den Namen des Schlosses "Ahrensburg" an.

Die Schlosskirche ist nicht nur Ort für Gottesdienste, sondern bietet ein umfangreiches Kulturprogramm in Form von Konzerten (Kirchenmusik) und Vorträgen (Kunstforum Matthäus), und ist ein wesentlicher Bestandteil des Schlossensembles.

## **Schlossmühle**

Am Rande des Schlossparks/ Schlossteich steht die historische Schlossmühle, die sich im Privatbesitz befindet und bewohnt wird. Sie ergänzt das Schlossensemble und wird gelegentlich am Tag des offenen Denkmals Besuchern zugänglich gemacht.

## **Verein Theater und Musik e. V.**

Die Stadt verfügt über einen Theatersaal (Alfred-Rust-Saal) mit 530 Sitzplätzen und einen Konzertsaal (Eduard- Söring- Saal) mit 272 Sitzplätzen; tritt jedoch nicht selbst als Veranstalter auf.

Der Verein Theater und Musik in Ahrensburg e.V. veranstaltet jährlich diverse Schauspiele (Gastspiele) im Alfred-Rust-Saal und Konzerte im Eduard-Söring-Saal (290 Plätze) sowie Kindertheater.

Weitere Informationen sind erhältlich unter: [www.theater-und-musik-in-ahrensburg.de](http://www.theater-und-musik-in-ahrensburg.de).

## **Niederdeutsche Bühne**

Der Theatersaal Alfred- Rust- Saal wird auch von der ortsansässigen Niederdeutschen Bühne bespielt, die wiederum auch andere niederdeutsche Gastspiele verpflichtet. Die „Niederdeutsche Bühne Ahrensburg“ wurde 1935 von dem damaligen Lehrer Heinz Beusen unter dem Namen „Stormarner Speeldeel“ gegründet. Heute ist sie unter beiden Namen bekannt.

Der Stormarner Speeldell e. V. ist Mitglied des Niederdeutschen Bühnenbundes.

Weitere Informationen sind erhältlich unter: [www.nb-ahrensburg.de](http://www.nb-ahrensburg.de).

## **Jugendmusik**

Das Jugend-Sinfonieorchester Ahrensburg besteht seit 1968 und bietet als großes regionales Sinfonieorchester zusammen mit den beiden ebenfalls sinfonisch besetzten Vororchestern ca. 250 musikbegeisterten Jugendlichen im Alter von 9 bis 27 Jahren die Möglichkeit, das Musizieren in einem großen Ensemble kennen zu lernen oder auch ggf. solistisch hervortreten. Außerdem nimmt das Jugend-Sinfonieorchester Ahrensburg die Aufgaben einer städtischen Musikschule wahr: Es werden Lehrkräfte für den Instrumentalunterricht vermittelt, Leihinstrumente für den Anfangsunterricht zur Verfügung gestellt, Elternberatungen durchgeführt und alle sechs Wochen zwanglose öffentliche Vorspielabende organisiert. Die Orchester unterhalten vom Deutschen Musikrat, dem Goethe-Institut und dem Land Schleswig-Holstein unterstützte Partnerschaftskontakte zu Ensembles in Skandinavien, den Niederlanden, den USA, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Griechenland, Schottland, Spanien, Estland u.a..

Das Orchester wird seit Jahren großzügig unterstützt vom Verein Jugendorchester Ahrensburg e.V., dem Goethe-Institut e.V. (Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), dem Familienministerium des Landes Schleswig-Holstein, dem Kreis Stormarn, der Stadt Ahrensburg, dem Rotary-Club Ahrensburg und dem Lions-Clubs Stormarn und Woldenhorn. Weitere Informationen sind erhältlich unter <http://www.jugend-sinfonieorchester-ahrensburg.de/cms/>

## **Jugendzentrum „42“**

Im autonom geführten Jugendzentrum „42“ finden diverse Jugendbands für Proben und Auftritte ihre Heimat. Gleichzeitig ist dies der Veranstaltungsort für Jugendkulturangebote.

## **gemeinnützige Kulturanbieter**

Ahrensburg hat ein umfangreiches Spektrum an Kulturträgern (Initiativen, Vereine, Stiftungen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsträgern, Schulen, Stadtforum), die mit vielen verschiedenen Angeboten aufwarten.

## **kommerzielle Kulturanbieter**

Veranstaltungs- und Eventagenturen nutzen regelmäßig die Veranstaltungsorte in Ahrensburg.

Ebenso sind Buchhandlungen, Musik- und Ballettschulen sowie Galerien Veranstalter für kulturelle Angebote.

## Stadtforum

Das Ahrensburger Stadtforum für Handel, Gewerbe und Tourismus e.V. ist ein Zusammenschluss Ahrensburger Geschäftsleute und Restaurants der Innenstadt. Es organisiert viele Großveranstaltungen, u. a. das jährlich stattfindende Stadtfest und das Weinfest.

Die Ansätze der Vernetzung von Kultur und Wirtschaft, die sich aus der Arbeit des Stadtforums ergeben, müssen im Netzwerk Kultur und Wirtschaft umfangreicher eingebunden und weiter verstärkt werden.

## 2.2. Kulturstandort Ahrensburg

Der Kultur- und Kreativsektor hat sich im gesamten europäischen Raum zu einem wichtigen Wirtschafts- und Wachstumsfaktor entwickelt. Die Ergebnisse einer entsprechenden Studie<sup>14</sup> belegen, dass sich der Beitrag dieses Sektors nicht auf seine direkten, quantitativ messbaren Auswirkungen begrenzt und indirekt zur Wirtschaftsentwicklung beiträgt.

Für die Stadt Ahrensburg stellt die Entwicklung der Kulturwirtschaft ein wichtiges Wachstumspotenzial dar, das in seinen Chancen gegenwärtig erfasst und künftig in seinen Möglichkeiten weiter ausgelotet werden soll. Sie sieht in diesem Sektor einen wesentlichen und für die Stadt authentischen Part zur Stärkung ihrer weichen Standortfaktoren. Der Kultursektor wird

- als dynamisch wachsende Branche mit direkten und indirekten Effekten zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- als beschäftigungswirksamer und investitionsentscheidender Wirtschaftsfaktor für die Standortentwicklung,
- als identitätsstärkender und beteiligungsoffener Attraktor für die Stadt und die Region
- und als Beitrag zur regionalen Entwicklung

beurteilt. Erste Schritte zum sukzessiven Aufbau eines effektiven Stadtmarketings wurden eingeleitet und liegen mit den Ergebnissen einer Standortanalyse<sup>15</sup> (SWOT, Experten- und Haushaltsbefragungen u.a.m.) vor. Die Qualifizierung eines gesamtstädtischen Markenprofils, als dessen zentraler Identitätsträger das Ahrensburger Schloss bestätigt ist, steht im Zentrum der weiteren Marketingstrategie. Das Realisierungskonzept, insbesondere mit seinen Teilprojekten *Gutshof-Marstall* und *Schlosspark-Kernfläche*, ist wichtiger Motor der eingeleiteten und umfassenden Entwicklung des Kulturstandortes.

## 2.2 Zielstellungen

Die Potentiale der in Ahrensburg vorhandenen Kultureinrichtungen bzw. agierenden Kulturtreibenden mit ihren jeweils qualitativ hochwertigen und sehr vielfältigen Angeboten auf dem Sektor Kultur sollen stärker ausgeschöpft werden. Daraus ergeben sich im Wesentlichen folgende Zielstellungen:

- **Vernetzung und Kooperation**  
Die Zusammenarbeit der zahlreichen lokalen Kulturträger und Protagonisten soll wesentlich verstärkt werden (Bsp. Schloss-Stiftung, Kulturverein Marstall e.V.). Darüber hinaus wird eine enge Kooperation mit der Hamburg Tourismus GmbH, dem Kreis und der Region angestrebt. Auch will sich die Stadt verstärkt an kulturellen Projekten des

---

<sup>14</sup> The economy of culture in Europe. Kea European Affairs 2006

<sup>15</sup> Standortanalyse. CIMA Stadtmarketing GmbH Lübeck 2007

Landes beteiligen. Über die Bündelung, Vernetzung und Profilierung der Kulturangebote wird eine langfristige und grundlegende Stärkung des eigenen Kulturstandortes verfolgt.

- Kulturmarketing  
Der Aufbau eines eigenen Kulturmarketings (Aufbau eines Ahrensburger Kulturbüros) wird - im Kontext eines professionellen Standort- und Stadtmarketings – angestrebt. Damit soll die dringend benötigte gemeinsame Kommunikationsplattform für die Innen- und Außendarstellung hergestellt werden.
- Ausbau eines profilierten Angebotes und infrastrukturelle Ausstattung des Standortes  
Hierzu leistet das Projekt Schlosspark-Kernfläche mit der Instandsetzung kulturhistorischer Werte (s. historische Parkanlage und denkmalgeschütztes Gesamtensemble), der Schaffung wichtiger und veranstaltungsnotwendiger Infrastrukturen (Medientechnisches Versorgungsnetz, Ausbau des Parkplatzangebotes für den Alltagsbetrieb, Erschließung und Aufwertung des Ankunfts- und Entreébereiches vis á vis zum Marstall u.v.a.m.) einen wichtigen Beitrag, der die attraktive kulturelle Nutzung und deren angestrebte Intensivierung dauerhaft ermöglicht.

Im unmittelbaren Wirkungssog dieser Zielumsetzung stehen die langfristige Sicherung und der Ausbau der touristischen Infrastruktur mit entsprechenden Beschäftigungsimpulsen und Übernachtungszahlen für die Bereiche Gastronomie, Fremdenverkehr und Hotellerie. Die erforderliche interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Vorbereitung und Realisierung der Projekte des Realisierungskonzeptes wurde durch die Einrichtung einer städtischen Planungsgruppe bereits anlässlich des ersten Teilprojektes unterstützt. Sie fungiert auch im weiteren Planungs- und Realisierungsprozess als wichtige Schnittstelle zwischen Nutzern, Betreibern, Anrainern, Planern, Stadtmarketing, Politik und Stadtverwaltung.

## **2.4. Kulturbüro Ahrensburg**

Zur Vernetzung und Koordination der zahlreichen und im Angebot sehr differenzierten Angebote auf dem Kultursektor, für den Aufbau eines Kulturmarketings und den Ausbau eines profilierten Angebotes und der infrastrukturellen Ausstattung des Standortes soll ein Kulturbüro in der Stadt Ahrensburg eingerichtet werden. Begleitet wird die Arbeit des Kulturbüros durch die Umsetzung des Realisierungskonzeptes und den Prozess des Stadtmarketings. Insofern stellt die Einrichtung des Kulturbüros eine Weiterentwicklung / Konkretisierung aus dem Realisierungskonzept und dem Stadtmarketingprozess dar.

Die Ziele des mit der Errichtung des Kulturbüros verbundenen Kulturmanagements sind im Wesentlichen, durch die Erfüllung der o. g. Aufgaben und den Aufbau eines Netzwerkes zwischen Kultur und Wirtschaft nachhaltig

- die Stärkung und den Ausbau der vorhandenen kulturellen Potentiale,
- die Profilierung der Stadt Ahrensburg als Kulturstandort in der Metropolregion Hamburg und
- die Stärkung und den Ausbau des Wirtschaftsfaktors Kultur und C:\Dokumente und Einstellungen\krause\Desktop\Kulturbüro Ahrensburg.docder Wirtschaftskraft der Stadt Ahrensburg

zu erreichen.

Das geplante Kulturbüro wird bei der Stadtverwaltung angesiedelt. Damit der/die Mitarbeiter/in aus einer neutralen Stellung heraus die Stelle antreten kann, soll diese extern ausgeschrieben werden. Es soll kein Büro beauftragt, sondern eine Einzelperson gefunden werden, welche persönlich wie auch fachlich für die Erfüllung der sehr komplexen Aufgaben geeignet ist.

## **3. Realisierungszeitraum**

Die Maßnahme „Kulturbüro“ der Stadt Ahrensburg erstreckt sich auf den Zeitraum von 2008 bis 2010 und somit auf insgesamt 3 Jahre.

#### 4. Kosten- und Finanzierungsplan

Die Kosten des Projektes betragen jährlich insgesamt 124.800 €, wobei der Kosten- und Finanzierungsplan von einer Förderung in Höhe von 50 % an den Gesamtkosten ausgeht.

<b>Kosten- und Finanzierungsplan 2008 (€)</b>	
<b>1. Kosten</b>	
<b>Personalkosten</b>	
Projektmanager 1 Stelle	50.000,00
<i>Gesamt</i>	<i>50.000,00</i>
Geschäftsführung durch Bürgermeisterin. / Wirtschaftsförderung (0,1 Stelle)	
<i>Gesamt</i>	<i>0,00</i>
Sonstige Personalkostenbezogene Aufwendungen.	
Ausschreibung der Stellen	1.000,00
Berufsgenossenschaft 1%	500,00
<b>Personalkosten gesamt</b>	<b>51.500,00</b>
<b>Sachkosten</b>	
1. PK-Erstattung für Buchh. u. EDV-Assist.	3.000,00
2. Heizung, Strom, Wasser, Reinigung	2.000,00
3. Miete	5.000,00
4. Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen	5.000,00
5. Reparatur, Instandhaltung Geräte und Büro	500,00
6. Porto	3.000,00
7. Telefon, Telefax	1.000,00
8. Büromaterial und -ausstattung, Zeitschriften	3.000,00
9. Kleingeräte, kleine Anschaffungen	400,00
10. Jahresabschl.-Prüf., Steuerberater., Notar	2.000,00
11. Weiterbildung	2.000,00
12. Reisekosten	4.000,00
13. Übrige Sachkosten	400,00
14. EDV-Anlage	2.000,00
15. Studien	30.000,00
15. Marketing / Öffentlichkeitsarbeit	10.000,00
<b>Sachkosten gesamt</b>	<b>73.300,00</b>
<b>Gesamtkosten des Projektes p.a.</b>	<b>124.800,00</b>
<b>2. Finanzierung (Kostenanteile Förderung und Eigenanteil)</b>	
Kosten Stadt Ahrensburg	124.800,00
davon Förderung 50 %	62.400,00
davon Eigenanteil 50 %	62.400,00

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2007/125</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 30.10.2007	Aktenzeichen I.4	Federführend: Herr Wilke

**Betreff**

**2. Änderungssatzung der Entschädigungssatzung der Stadt Ahrensburg**

<b>Beratungsfolge Gremium</b>	<b>Datum</b>	<b>Berichterstatter</b>
Hauptausschuss	12.11.2007	
Stadtverordnetenversammlung	19.11.2007	

Finanzielle Auswirkungen	: X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:	JA		NEIN
Haushaltsstelle	:			
Gesamtausgaben	:			
Folgekosten	:			
<b>Bemerkung:</b>				

**Beschlussvorschlag:**

Die 2.Änderungssatzung der Entschädigungssatzung der Stadt Ahrensburg wird, wie in der Vorlage dargestellt, beschlossen.

Entsprechende Mittel sind in den Haushalt 2008 einzustellen.

**Sachverhalt:**

Der Ältestenrat hat sich in seiner Sitzung am 29.10.2007 mit der Entschädigungssatzung befasst. Empfohlen wurde eine Anpassung an die Entschädigungsverordnung Schleswig-Holstein. Das bedeutet eine Anhebung des Sitzungsgeldes von 15 € auf 17 €.

Allerdings sollen – wie schon bei der letzten Änderung im Jahr 2003 – bei den Aufwandsentschädigungen nicht die rechtlich möglichen Höchstgrenzen ausgeschöpft werden, sondern die Regelungen für Gemeinden bis 30.000 Einwohner für die zu gewährenden Aufwandsentschädigungen angewendet werden.

Diese Anpassung ist in der anliegenden Änderungssatzung der Entschädigungssatzung dargestellt, die am 01.01.2008 in Kraft treten soll.

Entsprechende Mittel sind in den Haushalt 2008 einzustellen.

Mit einem Aspekt hat sich der Ältestenrat, obwohl der Gesetzgeber in § 6 Abs. 3 Entschädigungsverordnung Schleswig-Holstein einen Rechtsanspruch einräumt, nicht befasst. Diese Vorschrift besagt, dass auf Antrag die Kosten für die Benutzung eines Wohnraums für dienstliche Zwecke, die Benutzung einer privaten Telekommunikationseinrichtung, die Kosten der dienstlich notwendigen Telefongebühren und die anteiligen Grundgebühren sowie bei erstmaliger Herstellung des Anschlusses nach Übernahme des Ehrenamtes die anteiligen Kosten der Herstellung besonders zu erstatten sind. Die Entschädigungssatzung kann hierfür eine pauschalierte Erstattung vorsehen.

Um diesen Rechtsanspruch umzusetzen, schlägt die Verwaltung vor, für die Nutzung des Wohnraumes und der Telekommunikationsgebühren (incl. Grundgebühren) auf Antrag jeweils 10 € pro Monat zu erstatten. Bei der erstmaligen Herstellung eines Anschlusses nach Übernahme des Ehrenamtes sollen 50 % der tatsächlich anfallenden Kosten übernommen werden.

Die Darstellung der Veränderungen erfolgt in **Anlage 1** zur Vorlage.

## 2. Änderungssatzung der Entschädigungssatzung der Stadt Ahrensburg

Aufgrund des § 4 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein S. 58) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2006 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 285) wird nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom . . . . . folgende 2. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung vom 28.03.2003 zuletzt geändert am 29.08.2005 der Stadt Ahrensburg erlassen:

### Artikel 1

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung werden folgende Regelungen in der Entschädigungssatzung geändert:

1.

#### § 2

#### Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung erhalten eine Aufwandsentschädigung gleichzeitig teilweise als monatliche Pauschale und als Sitzungsgeld. Die Pauschale beträgt **35 €** monatlich.

2.

#### § 3

#### Bürgervorsteherin und Bürgervorsteher

Die Bürgervorsteherin oder der Bürgervorsteher erhalten neben Sitzungsgeld oder Aufwandsentschädigung nach § 2 eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von **456 €**

*Ziffer 2 und 3 bleiben unverändert.*

3.

#### § 4

#### Aufwandsentschädigung für weitere ehrenamtliche Tätigkeit

*Ziffer 2*

Stellvertretende der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters erhalten bei deren oder dessen Verhinderung für jeden Vertretungstag eine Aufwandsentschädigung von **43 €** Bei einer dauerhaften Verhinderung von mehr als 2 Wochen am Stück verdoppelt sich die Aufwandsentschädigung ab dem 15. Tag.

*Ziffer 4*

Fraktionsvorsitzende neben einer Aufwandsentschädigung für Stadtverordnete eine monatliche Pauschale von **197 €** Satz 2 und ff. bleiben unverändert.

4.

## **§ 6 Sitzungsgeld**

*Abs. 1*

Das Sitzungsgeld beträgt **17 €**

## **Artikel 2**

1. § 10 wird § 11
2. Als neuer § 10 wird eingefügt:

### **§ 10 Weitere Entschädigungen**

Neben der monatlichen Aufwandsentschädigung werden auf Antrag besonders er-  
stattet:

1. Bei Benutzung eines Wohnraumes für dienstliche Zwecke, die zusätzlichen Aufwendungen für dessen Heizung, Beleuchtung und Reinigung pauschal mit monatlich 10 €;
  2. Bei dienstlicher Benutzung einer privaten Telekommunikationseinrichtung die Kosten der dienstlich notwendigen Telefongebühren und die anteiligen Grundgebühren pauschal mit monatlich 10 € und
  3. bei erstmaliger Herstellung des Anschlusses nach Übernahme des Ehren-  
amtes die anteiligen Kosten der Herstellung zur Hälfte. Die Kosten sind nachzuweisen.
3. § 11 wird § 12

## **Artikel 3**

### **§ 12 Inkrafttreten**

Die Änderungssatzung tritt am 01.01.2008 in Kraft.

---

Pepper  
Bürgermeisterin

**Anlagen:**  
Anlage 1

Art	EntschVO SH	EntschS	alt	neu	Differenz	Mehrbedarf	Grundlage
Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld	§ 2 (2) b	§ 2 i. V. m. § 6 (1)					
Aufwandsentschädigung			30,00 €	35,00 €	5,00 €	<b>2.040,00 €</b>	(5*12*34)
Sitzungsgeld			15,00 €	17,00 €	2,00 €	13,33%	
Aufwandsentschädigung BüVo	§ 4	§ 3	370	456	86	<b>1.032,00 €</b>	(86*12)
Ausschuss-Vorsitz	§ 9 (1) 2.	§ 4, 1.	15,00 €	17,00 €	2,00 €	13,33%	
Stellvertretung d. Bürgermeisterin	§ 9 (1) 5.	§ 4, 3.					
1.-14. Tag			35,00 €	43,00 €	8,00 €	112,00 €	(abgerundet)
15.-30. Tag			70,00 €	86,00 €	16,00 €	256,00 €	dto.
						<b>368,00 €</b>	
Fraktionsvorsitz (ant. Stv.)	§ 9 (1) 7.	§ 4, 4.	160,00 €	197,00 €	37,00 €	<b>1.776,00 €</b>	(abger.37*12*4)
stv. BüVo	§ 9 (1) 11.	§ 3	15,00 €	17,00 €	2,00 €	<b>20,00 €</b>	(Schätzung)

<b>Berechnung des Mehrbedarfs:</b>			
<b>Aufwandsentschädigungen</b>			
Stadtverordnete	2.040,00		
Bürgervorsteher	1.032,00		
stellv. Bürgermeisterin	368,00		
Fraktionsvorsitzende	1.776,00		
stv. Bürgervorsteher	20,00		
	<u>5.236,00</u>	<u><b>5.300,00</b></u>	
<b>Sitzungsgeld</b>			
Sitzungsgeld für stimmberechtigte o. beratende Teilnahme und Ausschuss-Vorsitz	13,33%		
Ansatz HHSt. 0000.4010	27.600	3679,08	<b>31.279</b>
			<b>31.300</b>

**Veränderungen im Haushalt:**

HHSt. 0000.4001	30.000 €	5.300 €	<b>35.300 €</b>
HHSt. 0000.4010	27.600 €	3.700 €	<b>31.300 €</b>
	<u><b>57.600 €</b></u>	<u><b>9.000 €</b></u>	<u><b>66.600 €</b></u>

Nutzung Wohnung	10,00 € 50 Personen	12 Monate	5.000,00 €
Nutzung Telekommunikation	10,00 € 50 Personen	12 Monate	5.000,00 €
Einrichtung Telekommunikation	50,00 € 10 Personen		500,00 €
HHSt. 0000.4001			<u><b>10.500,00 €</b></u>

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- STV-Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2007/ 116</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 18.10.2007	Aktenzeichen FD I.1/ ha/gl	Federführend: Frau Haase

## Betreff

### Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011

Beratungsfolge	Datum	Berichterstatter
<b>Gremium</b>		
Finanzausschuss	30.10.2007	
Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss	01.11.2007	
Bau- und Planungsausschuss	07.11.2007	
Werkausschuss	08.11.2007	
Hauptausschuss	12.11.2007	
Sozialausschuss	13.11.2007	
Umweltausschuss	14.11.2007	
Finanzausschuss	27.11.2007	
Stadtverordnetenversammlung	10.12.2007	

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:				
Folgekosten	:				
<b>Bemerkung:</b>					

## Beschlussvorschlag:

Die Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011 mit einem Volumen von 51.369.600 € wird gemäß § 83 Abs. 3 Gemeindeordnung beschlossen.

## Sachverhalt:

Nach § 83 der Gemeindeordnung hat die Stadt ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Das erste Planungsjahr ist das Haushaltsjahr, in dem üblicherweise die Aufstellung bzw. Fortschreibung der Finanzplanung erfolgt. Die Ansätze des zweiten Planungsjahres sind identisch mit den Veranschlagungen des Haushaltsjahres 2008. Die Haushaltsjahre 2009 und 2010 werden überplant, das Haushaltsjahr 2011 ist erstmals mit einbezogen.

Im Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen. Der Finanzplan ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens mit dem Entwurf der Haushaltssatzung **vorzulegen**. Das Investitionsprogramm dagegen ist nach der oben genannten Vorschrift von der Stadtverordnetenversammlung zu **beschließen**.

Die Finanzplanung 2007 bis 2011 schließt mit einem Ausgabevolumen von 319.814,1 TEUR ab. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 268.444,5 TEUR und auf den Vermögenshaushalt 51.369,6 TEUR.

Die Anteile des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushaltes im Finanzplanungszeitraum verteilen sich auf die Jahre wie folgt:

Jahr	Verwaltungshaushalt	Überschuss nach § 21 GemHVO (Zuführungsbetrag)	Vermögenshaushalt	Gesamtvolumen
2007	51.544.500 €	1.890.000 €	9.759.200 €	61.303.700 €
2008	54.180.500 €	3.172.800 €	14.382.500 €	68.563.000 €
2009	54.000.400 €	3.624.600 €	11.438.600 €	65.439.000 €
2010	54.374.600 €	3.581.800 €	9.111.300 €	63.485.900 €
2011	54.344.500 €	3.400.100 €	6.678.600 €	61.022.500 €
<b>SUMME</b>	<b>268.444.500 €</b>	<b>15.669.300 €</b>	<b>51.369.600 €</b>	<b>319.814.100 €</b>

Im Rahmen des Vermögenshaushalts sind im Planungszeitraum folgende Ausgaben zu finanzieren:

1.	Zuführung an Rücklagen	2.136.700 €	4,16 %
2.	Darlehen und Zuweisungen an Dritte	1.979.500 €	3,85 %
3.	Erwerb von Beteiligungen und Kapitalanlagen	50.000 €	0,10 %
4.	Erwerb von Grundstücken	8.795.000 €	17,12 %
5.	Erwerb von beweglichem Vermögen	4.563.900 €	8,83 %
6.	Baumaßnahmen	31.063.500 €	60,47 %
7.	Tilgung von Krediten	2.785.000 €	5,42 %
8.	Deckungsreserve	26.000 €	0,05 %
	<b>SUMME</b>	<b>51.369.600 €</b>	<b>100,00 %</b>

Der mit Abstand größte Ausgabenanteil entfällt unverändert mit über 60 % auf die Bauinvestitionen. Von diesen wiederum entfällt – diese Investitionen als 100 % betrachtend – ein Anteil von rd. 24,6 % (7,65 Mio. €) auf den Schulbereich, ein Anteil von rd. 19,2 % (5,97 Mio. €) auf den Bereich der Park- und Grünanlagen und rd. 28,3 % (8,79 Mio. €) auf den Bereich der Straßen, Abschnitte 63 – 68. Mit rd. 3,29 Mio. € (= 10,61 %) wirkt sich ferner der Einzelplan 7 – Bau des Haltepunktes Gartenholz – in der Investitionsplanung aus. Die Projekte sind im Einzelnen dem Investitionsprogramm vom 09.10.2007 zu entnehmen. Die höheren Einzelinvestitionen/ Baukosten werden ferner in dieser Vorlage dargestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben stehen voraussichtlich folgende Mittel zur Verfügung:

1.	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	15.669.300 €	30,50 %
2.	Entnahmen aus Rücklagen	2.319.300 €	4,51 %
3.	Rückflüsse von Darlehen, Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	13.259.600 €	25,81 %
4.	Beiträge und ähnliche Entgelte	2.873.200 €	5,59 %
5.	Zuweisungen und Zuschüsse	5.341.500 €	10,40 %
6.	Kreditaufnahmen	11.906.700 €	23,18 %
	<b>SUMME</b>	<b>51.369.600 €</b>	<b>100,00 %</b>

Diese Übersicht veranschaulicht, dass sich die Stadt die vorgesehenen vermögenswirksamen Ausgaben von zusammen 51.369.600 EUR - davon 41.610.400 EUR in den Jahren 2008 bis 2011 - erneut nicht ausschließlich aus eigenen Mitteln leisten kann. Allerdings beträgt infolge des guten Überschusses vom Verwaltungshaushalt, der durch hohe Gewerbesteuererinnahmen seit 2005 bei über 3,7 Mio. EUR/ a. liegt, dieser Eigenfinanzierungsanteil rd. 30 % jährlich. Ein Kreditanteil von 23 % ist jedoch als zu hoch einzuordnen.

Die höchsten Kredite entfallen mit mehr als jeweils 5,0 Mio. EUR auf die Jahre 2008 und 2009. Im Jahr 2010 wird ein Bausparvertrag zuteilungsreif, der vor einigen Jahren für den Rückkauf der Turnhalle der Grundschule Am Aalfang abgeschlossen wurde. Hierfür wird ein Bauspardarlehen von 661.100 EUR aufgenommen. Unter Berücksichtigung dessen ist der Kreditbedarf mit 1.536.200 EUR ausgewiesen (Differenz am Kapitalmarkt: 875.200 EUR).

Oberstes Ziel sollte daher eine Reduzierung des Kreditbedarfes der Jahre 2008 und 2009 sein. Es erscheint angesichts der dargestellten Investitionen unrealistisch, den Vermögenshaushalt vollständig ohne Neuverschuldung auszugleichen. An dieser Stelle erfolgt daher ein Ausblick auf die höchsten Investitionen der Jahre 2008 und 2009. Hierbei handelt es sich um folgende Bereiche (ab 200.000 €):

### **Haushaltsjahr 2008:**

Haltepunkt Nord:

• Baukosten für Erschließungsstraße, P+R-Anlage, etc./ 1. Rate	2.000.000 €
*Anmerkung: Gegenfinanzierung GVFG-Anteil: 1,0 Mio. €, Eigenanteil Stadt: 1,0 Mio. €	
• Planungskosten	300.000 €
• Grunderwerb	1.550.000 €
*Anmerkung: Vertrag ist bereits abgeschlossen, Kaufpreis ist 2008 zu entrichten	
Grunderwerb Beimoor Süd/ insbes. 1. Rate für Erweiterung	1.650.000 €
Freiflächengestaltung Große Straße/ 1. Rate	750.000 €
Ausbau Große Straße/ 1. Rate	610.000 €
*Anmerkung: Zuwendungen für beide Maßnahmen bewilligt für Haushaltsjahr 2009	
Erneuerung Stormarnstraße/ 2. Rate	700.000 €
Beiträge an SBA für Beimoor Süd/ I. BA	588.000 €
Erschließung des B-Plangebiets 82	500.000 €
Zuschuss an Ahrensburger Schützengilde/ 1. Rate	460.000 €
Teilneubau GS Am Schloss/ ehemaliger IPTS-Trakt/ 1. Rate	380.000 €
Neues Gestühl für Alfred-Rust- und Eduard-Söring-Saal	290.000 €
*Anmerkung: verschoben von 2007	
Rathaus/ Sanierung der Haustechnik	215.000 €
Feuerwehr, Ersatzbeschaffung LF 16/ 2. (und letzte) Rate	200.000 €
<b>Summe der genannten Einzelpositionen:</b>	<b>10.003.000 €</b>

## Haushaltsjahr 2009:

Bau- und Planungskosten Neubau des Peter-Rantzau-Hauses/ 1. Rate	1.800.000 €
Grunderwerb Beimoor Süd/ 2. Rate für Erweiterung (von 3 Raten)	1.500.000 €
Teilneubau GS Am Schloss/ ehemaliger IPTS-Trakt/ 2. Rate	1.000.000 €
Baukosten für Erschließungsstraße, P+R-Anlage, etc./ 2. (und letzte) Rate	800.000 €
Freiflächengestaltung Große Straße/ 2. (und letzte) Rate	696.000 €
Ausbau Große Straße/ 2. (und letzte) Rate	280.000 €
Zuschuss an Ahrensburger Schützengilde/ 2. (und letzte) Rate	475.000 €
* Erneuerung Spechtweg	400.000 €
* Erneuerung Heidekamp	380.000 €
* Baukosten zur Sanierung der Fahrbahn Tunnel Woldenhorn	300.000 €
* Erneuerung Klaus-Groth-Straße (Reeshoop bis Große Straße)	300.000 €
<u>Stormarnschule/ Dach- und Fassadensanierung</u>	<u>210.000 €</u>
<b>Summe der genannten Einzelpositionen:</b>	<b>8.141.000 €</b>

\* Hinsichtlich der Erneuerungen im Tiefbaubereich (Straßen) hat sich nach dem 09.10.2007 eine Veränderung ergeben, da die erst für 2010 vorgesehene Sanierung der Moltkeallee voraussichtlich nach 2009 vorgezogen werden muss, dies wegen dringlicher Maßnahmen im Kanalbau. Dieses wurde zum Anlass genommen, die Prioritäten zu verschieben und die Baukosten verstärkt auf 2 Jahre zu verteilen, um die Haushalte zu entlasten. Hierüber wird direkt im Bau- und Planungsausschuss berichtet werden. Diese Änderungen fließen in eine 1. Änderungsliste ein.

Für den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses inkl. Gestaltung der Außenanlagen sind in den Jahren 2009 und 2010 Ausgaben von insgesamt 2,5 Mio. EUR vorgesehen (s. a. oben 2009). In 2008 wird zu entscheiden sein, ob dieses Bauvorhaben am neuen Standort Stormarnplatz als ppp-Modell – wie zurzeit der Neubau der Sporthalle an der IGS – durch einen Investor oder in Eigenregie errichtet wird. Sollte sich die Stadtverordnetenversammlung für das ppp-Modell entscheiden, bedeutet dieses in Höhe von rd. 2,3 Mio. EUR eine Entlastung des Vermögenshaushalts und damit eine Reduzierung der Neuverschuldung in erheblichem Maße. Andererseits verringert sich ab 2010/ 2011 der Zuführungsbetrag um rd. 0,3 Mio. EUR jährlich, da in dieser Höhe Raten im Verwaltungshaushalt für Finanzierung, Bauunterhaltung, etc. zu veranschlagen sind. Eine weitere Reduzierung lässt sich erzielen durch den Verzicht auf die Verlagerung des Schießsportbereiches und Flächen des THC aus dem Auetal in das Gebiet Beimoor Süd, da der Neubau der Anlagen im Auetal – in früherem Umfang – weitgehend durch die Versicherungsleistung finanziert werden kann.

Die Haushaltsjahre 2008 ff werden aus heutiger Sicht noch Gewerbesteuererinnahmen auf einem Niveau von rd. 20,0 Mio. EUR jährlich ausweisen, auch wenn Risiken – wie das Jahr 2008 gezeigt hat – nie ausgeschlossen werden können. Trotz einer erheblichen Reduzierung der Vorauszahlungen 2007 und Erstattung für das Vorjahr von mehr als 4,0 Mio. EUR nach Wegzug eines Betriebes werden 2007 voraussichtlich noch 19,0 Mio. EUR Einnahmen erzielt (Stand: 17.10.2007: 18,85 Mio. EUR Anordnungssoll).

Für den Anteil an der Einkommensteuer erlaubt der Haushaltserlass 2008 eine Veranschlagung von 12,98 Mio. EUR (Plan 2007: 12,1 Mio. EUR). Damit bildet diese Steuer seit 2005 eine hohe und verlässliche Einnahme von über 10 Mio. EUR jährlich.

Die Fortschreibung der Einkommensteueranteile wurde wie folgt entsprechend Haushalts-  
erlass veranschlagt:

2008:	12.980.000 EUR
2009:	13.600.000 EUR
2010:	14.000.000 EUR
<u>2011:</u>	<u>14.000.000 EUR</u>
Summe:	66.680.000 EUR

Seit 2005 liegt der Zuführungsbetrag an den Vermögenshaushalt – wie bereits ausgeführt – jährlich bei über 3,7 Mio. EUR. Er liegt somit permanent über der Pflichtzuführung in Höhe der Tilgungsausgaben, die allerdings infolge der Neuverschuldung 2006 und erneut ab 2008 ff erheblich ansteigen werden. Hierauf wird im Folgenden noch näher eingegangen.

Die weiteren größeren Bauprojekte im Planungszeitraum 2011/ 2011 sind:

<u>Projekt</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>
Grunderwerb Beimoor 3. (und letzte) Rate	1.500.000 €	
Rückkauf Turnhalle GS Am Aalfang	1.110.000 €	
Realisierungskonzept Schlosspark	1.000.000 €	1.000.000 €
Teilneubau GS Am Schloss/ 3. + 4. Rate	800.000 €	260.000 €
Neubau Peter-Rantzau-Haus 2. (und letzte) Rate	700.000 € (inkl. Außenanlagen)	
Errichtung eines Foyers Stormarnschule/ Saal	670.000 €	125.000 €
Erneuerung Moltkeallee	550.000 €	
Erneuerung Hagener Allee (Starweg bis Forsthof H.)	520.000 €	
Baukosten Hamburger Straße Nord	310.000 €	420.000 €
Anlage eines Mehrzweckplatzes		540.000 €
Ersatzbeschaffung einer Drehleiter		525.000 €
Erneuerung Pionierweg		250.000 €
<b><u>Summe der genannten Einzelpositionen</u></b>	<b><u>7.160.000 €</u></b>	<b><u>2.995.000 €</u></b>

Der Schuldenstand Ende 2011 stieg infolge der Neuverschuldung 2006 von 8,119 Mio. EUR Ende 2005 auf 12,412 Mio. EUR (412 EUR/ Einwohner). Durch die ausgewiesene Neuverschuldung 2008, 2009 und 2010 würde sich der Schuldenstand Ende 2011 planmäßig auf 21.222 Mio. EUR (700 EUR/ Einwohner) erhöhen. Die Entwicklung stellt sich – ohne Berücksichtigung des städtischen Eigenbetriebes (Stadtentwässerung und Bauhof) – wie folgt dar:

Schuldenstand Ende 2006	12,412 Mio. €
Neuverschuldung 2007	0,304 Mio. €
Tilgung 2007	0,385 Mio. €
Schuldenstand Ende 2007	12,331 Mio. €
Neuverschuldung 2008	5,046 Mio. €
Tilgung 2008	0,475 Mio. €

Schuldenstand Ende 2008	16,902 Mio. €
Neuverschuldung 2009	5,020 Mio. €
* Tilgung 2009	0,585 Mio. €
Schuldenstand Ende 2009	21,337 Mio. €
Neuverschuldung 2010 (Bausparkredit)	1,225 Mio. €
Tilgung 2010	0,670 Mio. €
Schuldenstand Ende 2010	21,892 Mio. €
Neuverschuldung 2011	0 Mio. €
Tilgung 2011	0,670 Mio. €
Schuldenstand Ende 2011	21,222 Mio. €

\*Anmerkung: Enthalten sind in der Neuverschuldung 2006 und 2007 – für 2007 gilt dieses ausschließlich - Landeskredite von rd. 1,0 Mio. EUR. Für diese sind erst ab 2008/ 2009 nach 2 tilgungsfreien Jahren Tilgungsbeträge zu entrichten.

---

Pepper  
Bürgermeisterin

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- STV-Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2007/ 115</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 12.10.2007	Aktenzeichen FD I.1/ ha/gl	Federführend: Frau Haase

### Betreff

### Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008 - Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -

Beratungsfolge Gremium	Datum	Berichterstatter
Finanzausschuss	30.10.2007	
Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss	01.11.2007	
Bau- und Planungsausschuss	07.11.2007	
Werkausschuss	08.11.2007	
Hauptausschuss	12.11.2007	
Sozialausschuss	13.11.2007	
Umweltausschuss	14.11.2007	
Finanzausschuss	27.11.2007	
Stadtverordnetenversammlung	10.12.2007	Herr Koch

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:				
Folgekosten	:				
<b>Bemerkung:</b>					

### Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

### Sachverhalt:

#### 1. Allgemeines

##### a) *Pflichtsatzung*

Nach § 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung hat die Stadt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen, in der neben der Höhe der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes die Ermächtigung zur Aufnahme von Investitions- und Kassenkrediten und die Steuerhebesätze festzusetzen sind. Der Erlass der Haushaltssatzung ist gem. § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 2, § 79 Abs. 1 GO der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

b) *Haushaltsausgleich*

Gem. § 75 Abs. 3 GO soll der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen werden. Die "dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt" als ein Parameter auch für die Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung ist nur dann gewährleistet, wenn ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt wird.

Die Haushaltssatzung 2008 bedarf nicht der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht, da der Haushalt des Haushaltsjahres 2008, der drei nachfolgenden Haushaltsjahre sowie der Jahre 2006 und 2007 ausgeglichen war bzw. ist (§ 84 GO in Verbindung mit Landesverordnung zur Genehmigungsfreiheit von Rechtsgeschäften).

## 2. **Haushaltsentwurf 2008**

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2008 schließt ab

im <b>Verwaltungshaushalt</b> in Höhe von	54.180.500 €
(2007: 51.544.500 €)	
im <b>Vermögenshaushalt</b> in Höhe von	14.382.500 €
(2007: 9.759.200 €)	
somit im <b>Gesamthaushalt</b> insgesamt mit	68.563.000 €
(zum Vergleich 2007: 61.303.700 €)	

**Anmerkung:**

*Die Zahlen für 2007 entsprechen dem Entwurf des 2. Nachtragsplanes 2007 (Stand: 02.10.2007)*

Der **Gesamthaushalt 2008** steigt somit brutto gegenüber dem Vorjahr um 7.259.300 € (+ 11,84 %). Die Einzelhaushalte betrachtet, ergeben sich folgende Veränderungen:

Verwaltungshaushalt 2008:	+ 2.636.000 €	(+ 5,11 %)
Vermögenshaushalt 2008:	+ 4.623.300 €	(+ 47,37 %)

Die kalkulatorischen Kosten, die inneren Verrechnungen und die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt haben einen Anteil von 7.962.800 € in 2008 (2007: 6.573.800 €). Wird das Volumen des Verwaltungshaushalts um diese Kostenanteile reduziert, ergibt sich eine Nettoausgabe von 46.217.700 € für 2008 gegenüber 44.970.700 € in 2007.

Die bereinigten Ausgaben steigen nur um 147.000 € oder rd. 0,52 % (von 28,3 Mio. € auf 28,45 Mio. €), wenn die Umlagen außer Acht gelassen werden. Diese umfassen 2008 einen Anteil von 17,77 Mio. € (2007: 16,67 Mio. €) der oben genannten Nettoausgaben von 46,218 Mio. €.

Die Steuereinnahmen bilden neben den Personalausgaben die "Eckpunkte" der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungsetats. Die Steuern unterliegen in besonderem Maße konjunkturellen Schwankungen. Dieses gilt besonders für die Gewerbesteuern und die Anteile an der Einkommensteuer. Während die Grund- und Gewerbesteuererinnahmen von der Kommune selbst eingeschätzt werden können, ist sie bei der Schätzung der Einkommensteuer auf den Haushaltserlass, d.h. Aussagen des Landes, angewiesen. Die Gewerbesteuern waren 2007 belastet durch einmalig hohe Erstattungen und eine daraus folgende Korrektur der Vorauszahlungen.

### **3. Auf weitere wesentliche Änderungen wird nachfolgend kurz eingegangen.**

#### **3.1 Einnahmen des Verwaltungshaushalts**

Durch die Grundsteuer B können rd. 4,2 Mio. € eingenommen werden.

Der Gewerbesteueransatz wurde 2007 auf ursprünglich 22,5 Mio. € veranschlagt und durch den 2. Nachtragshaushalt auf 19,0 Mio. € heraufgesetzt. Für 2008 werden 20,0 Mio. € veranschlagt.

Nach dem Haushaltserlass vom 17.09.2007 wird für 2008 landesweit empfohlen, von einem Landesaufkommen der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer von 840 Mio. € auszugehen. Dieses führt zu einem Einkommensteueranteil von 12,98 Mio. €. Damit setzt sich der positive Trend fort, der 2007 bereits festzustellen war. Der Anteil von urspr. 707 Mio. € wurde in 2007 auf 783 Mio. € heraufgesetzt.

Die Schlüsselzuweisungen steigen lt. Haushaltserlass von 665.000 € auf 680.000 €.

Die Verwaltungsgebühren sinken um rd. 40.000 € gegenüber 2007 auf rd. 420.000 €. Der höchste Anteil entfällt unverändert auf Baugebühren in Höhe von 145.000 €. Die Benutzungsentgelte erreichen mit 1,80 Mio. € in etwa das Vorjahresniveau. Dies gilt auch für die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (1,81 Mio. €)

Die Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sinken gegenüber 2007 von 5,465 Mio. € auf 5,279 Mio. €. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die einmalige Erstattung von Beratungskosten der Vorjahre durch die Gasversorgung Ahrensburg GmbH (GAG) in 2007.

Die Gewinnanteile von Dritten steigen gegenüber 2007, da die Stadt 2008 das erste Mal von der GAG Zinsen für das ihr zur Verfügung gestellte Eigenkapital erhalten wird – veranschlagt sind 200.000 €. Ferner sind 100.000 € Eigenkapitalverzinsung veranschlagt vom Betriebszweig Bauhof. 2007 musste dieser Ansatz von 129.000 € (entsprach dem Ansatz des Wirtschaftsplanes) auf 19.000 € reduziert werden.

Die Konzessionsabgaben steigen von 1,9 Mio. € auf 2,65 Mio. €. Dies ist auf eine Nachzahlung für die Jahre 2004 bis 2006 im Bereich der Gasversorgung zurückzuführen. Im Konzessionsvertrag zwischen GAG und Stadt wurde die höhere Abgabe vereinbart. E.ON hat für die Zeit ab 01.01.2004 allerdings nur die niedrigere Abgabe entrichtet und noch nachzuzahlen

#### **3.2 Ausgaben des Verwaltungshaushalts**

Die Personalausgaben liegen bei 10,73 Mio. € gegenüber 10,75 Mio. € im Vorjahr. Die stellenplangebundenen Personalausgaben umfassen 2008 10,199 Mio. € (2007: 10,246 Mio. €), jeweils inkl. 150.000 € Beihilfeaufwendungen und sinken somit um rd. 50.000 €.

Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierung 50 – 56) sinken die Ausgaben um rd. 105.000 € von 8,36 Mio. € auf 8,255 Mio. €.

Die Geschäftsausgaben bleiben mit 1,44 Mio. € gegenüber 1,45 Mio. € nahezu konstant. Hierin sind sowohl die Kosten für Bücher und Drucksachen, Papier, Post- und Fernmeldegebühren, Kosten für Bekanntmachungen wie auch Beratungs- und Gutachterkosten und weitere Bauhofleistungen enthalten.

2007 wirkten sich besonders die Beratungskosten für die Umstellung des Haushaltswesens (75.000 €, 2008: 25.000 €), die Kosten der Stadtplanung für die Anfertigung von Planungsunterlagen (90.000 €, 2008: 70.000 €) und 40.000 € für das Stadtmarketing (2008: ebenfalls 40.000 €) aus. 2008 liegt neben den bereits genannten Bereichen der Schwerpunkt in der Stadtplanung mit weiteren 100.000 € beim Stadtentwicklungskonzept (2007: 50.000 €), 30.000 € für die Bauleitplanung Beimoor Süd (2007: 50.000 €), 50.000 € für die Fortschreibung des Generalverkehrsplanes (2007: 25.000 €) und 80.000 € für die Zukunftswerkstatt Stadtentwicklung.

Enthalten sind unter Gruppierung 6580 ferner Erstattungen an den Bauhof. Der dort veranschlagte Anteil sinkt um rd. 30.000 €. Die Ausgaben für innere Verrechnungen steigen – siehe oben: Einnahmen/ Erstattungen des Verwaltungshaushalts – um rd. 100.000 €.

Für den Kostenanteil der Unterkunft (Kostenanteil Grundsicherung) sind 506.000 € veranschlagt. Es ist abzuwarten, ob es bei der Beteiligung des Bundes von 29,1 % bleibt.

Für Zuweisungen und Zuschüsse im Verwaltungsetat (Gruppierung 70 + 71) entstehen 2008 Ausgaben von 4,73 Mio. €. Diesen steht eine Veranschlagung 2007 von 4,61 Mio. € gegenüber. Die Veränderung erklärt sich insbesondere durch höhere Zuschüsse im Kindertagesstättenbereich (inkl. Horte), erhöhte Zuweisungen an den Gewässerpflegeverband (+ 30.000 €) sowie einen höheren Zuschuss an den Kreis für den ÖPNV (+ 20.000 €). Der Zuschuss an die Bad GmbH sinkt dagegen von 1,5 Mio. € auf 1,45 Mio. € ab.

Die Zinsbelastung steigt infolge der Neuverschuldung um rd. 250.000 € auf rd. 810.000 €.

Vom Gewerbesteueraufkommen hat die Stadt 2007 an Bund und Land als Gewerbesteuerumlage 3,7 Mio. € - bei einem Umlagesatz von 65 % - abzuführen.

Ein wesentlicher Bestandteil der von der Stadt zu zahlenden Finanzumlagen sind die Kreis- und die Finanzausgleichsumlage. Der Kreis Stormarn erhebt - soweit seine sonstigen Einnahmen den Ausgabenbedarf nicht decken - nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes eine Kreisumlage.

Die Kreisumlage wird infolge der für die Berechnung maßgeblichen Zeiträume des III. Quartals 2006 bis inkl. II. Quartals 2007 von 11,305 Mio. € auf 12,475 Mio. € ansteigen.

Die Finanzausgleichsumlage steigt gegenüber 2007 von 1,365 Mio. € auf 1,58 Mio. €. Die Zahlen sind noch nicht verbindlich, solange die Festsetzung des Grundbetrages nicht bestätigt wird. Dieser wird vom Land festgesetzt. Nach dem Haushaltserlass für 2008 wird der Grundbetrag auf 814 € angehoben (vgl. 2007: 840 €).

#### **4. Zu den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes**

Das Volumen des Vermögenshaushalts steigt gegenüber dem Vorjahr um 4,62 Mio. € auf rd. 14,38 Mio. € an. Dieses entspricht einer Steigerung von rd. 47,4 % und erreicht wieder den Ansatz 2006. Gemessen an dem bereinigten Ausgabevolumen des Verwaltungshaushalts von 46,2 Mio. € ergibt sich ein Anteil von 31,12 % (Vorjahr: rd. 21,7 %).

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts sind:

A	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	3.172.800 €	22,06 %
B	Rücklagenentnahmen	1.000.000	6,95 %
C	Darlehensrückflüsse	36.400 €	0,25 %
D	Grundstückserlöse	2.780.500 €	19,33 %
E	Sonst. Vermögenserlöse	1.200 €	0,01 %
F	Beiträge und ähnliche Entgelte	636.400 €	4,42 %
G	Zuweisungen und Zuschüsse	1.708.800 €	11,88 %
H	Kredite	5.046.400 €	35,09 %
	<b>S u m m e</b>	<b>14.382.500 €</b>	<b>100,00 %</b>

*Zu A) Zuführung vom Verwaltungshaushalt*

Der Zuführungsbetrag des Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt übersteigt die Höhe der Pflichtzuführung, d. h., die Höhe der veranschlagten ordentlichen Tilgungsausgaben, mit 3,17 Mio. € erheblich, sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass diese Situation sich in Abhängigkeit von der Gewerbesteuer- und Einkommensteuerentwicklung kurzfristig ändern kann. In dieser Höhe wird ein Beitrag zur Eigenfinanzierung des Vermögenshaushalts geleistet.

*Zu B) Rücklagenentnahmen*

Die Rücklage weist durch den Jahresabschluss 2006 einen Bestand von rd. 1,0 Mio. € auf, der in dieser Höhe zur Teilfinanzierung des Vermögenshaushalts auch wieder eingesetzt werden muss.

*Zu D) Grundstückserlöse*

Die Grundstückserlöse sind mit 2,78 Mio. € veranschlagt und liegen damit um rd. 1,3 Mio. € unter dem Ansatz 2007. Sie resultieren im Wesentlichen aus der Veräußerung von Teilflächen des Geländes "Beimoor-Süd".

*Zu F) Beiträge und ähnliche Entgelte*

Die Beiträge sollen 2007 rd. 0,636 Mio. € erreichen. Insbes. werden 2007 Ablösungsbeträge für die Erschließung Beimoor Süd erwartet (2. Rate).

*Zu G) Zuweisungen und Zuschüsse*

Zuweisungen und Zuschüsse sind in Höhe von 1,709 Mio. € kalkuliert. Davon entfallen bis zu 1,0 Mio. € auf den Neubau des Haltepunktes Nord. Daneben könnten Zuweisungen für den Umbau des Bahnhofes von rd. 480.000 € eingehen.

*Zu H) Kredite*

Um die veranschlagten Ausgaben finanzieren zu können, ist ein Kreditbedarf in Höhe von 5,064 Mio. € erforderlich. Daher sollten – auch im Rahmen der Umsetzung des beschlossenen Haushaltes - alle Anstrengungen fortgesetzt werden, diese Neuverschuldung zu verringern.

#### 4.1 Ausgaben des Vermögenshaushaltes

A	Rücklagenzuführungen	23.500 €	0,16 %
B	Darlehensgewährungen	58.000 €	0,40 %
C	Erwerb von Beteiligungen	0 €	0,00 %
D	Grunderwerb	3.275.000 €	22,77 %
E	Erwerb von beweglichen Sachen	1.466.200 €	10,19 %
F	Bauinvestitionen	8.577.600 €	59,64 %
G	Zuweisungen und Zuschüsse	475.000 €	3,30 %
H	Kredittilgung	502.500 €	3,49 %
I	Deckungsreserve Vermögenshaushalt	4.700 €	0,03 %
	<b>Summe</b>	<b>14.382.500 €</b>	<b>100,00 %</b>

Die investiven Ausgaben zu E/ Bauinvestitionen verteilen sich im Wesentlichen wie folgt:

Projekte/ Maßnahmen	Haushalt 2008
Rathaussanierung (Büros, Heizungsanlage usw.)	<b>345.000 €</b>
Umbau der Archivräume	<b>100.000 €</b>
Grundschulen	<b>1.002.000 €</b>
<b>davon Teilneubau GS Am Schloss: 380.000 €</b>	
Förderzentrum Fritz-Reuter-Schule (Brandschutz)	<b>115.000 €</b>
Planungskosten Neubau Altentagesstätte	<b>100.000 €</b>
Herrichten von Park- und Grünanlagen	<b>220.000 €</b>
Planungskosten Realisierungskonzept Schlosspark (Umsetzung geplant 2010/2011)	<b>100.000 €</b>
Freiflächengestaltung Große Straße und Ausbau Mittelfahrbahn/ 1. BA	<b>1.360.000 €</b>
Straßenbau mit Nebenanlagen AB 63 – 66	<b>915.000 €</b>
<b>davon Ausbau Stormarnstraße/ 2. BA: 700.000 €</b>	
Planungskosten Haltepunkt Nord und Bau der Er- schließungsstraße, P+R-Anlage, etc. (1. BA)	<b>2.300.000 €</b>
Erschließung Beimoor-Süd	<b>500.000 €</b>
Beiträge an SBA für Beimoor-Süd	<b>588.000 €</b>
<b>SUMME o. g. Baukosten</b>	<b>7.645.000 €</b>

Daneben werden für den Erwerb von weiteren Grundstücksflächen angrenzend an das Gewerbegebiet Beimoor Süd 1,65 Mio. € bereitgestellt. Hierbei handelt es sich um die erste Rate (von 3 Jahresraten) für Grundstücke, die insbes. der Erweiterung des Gewerbegebietes dienen sollen. Ein Großteil der Flächen Beimoor-Süd ist veräußert. Die Nachfrage insbes. nach größeren Grundstücken kann nicht befriedigt werden. 2007 wurden nach Beschluss des Finanzausschusses erste Gespräche mit Grundstückseigentümern in diesem Bereich aufgenommen. Der Kaufpreis von 4,5 Mio. € ist – dies kann nicht verschwiegen werden – derzeit eine hohe Belastung für die Stadt, aber auch eine Investition in die eigene Zukunft.

Weitere 1,55 Mio. € sind zu zahlen für Flächen zur Errichtung des Haltepunktes Nord, der sowohl das Gewerbegebiet wie auch die Bewohner des Stadtteiles Gartenholz besser an den ÖPNV anbinden soll. Der Vertrag wurde bereits zu Lasten des Jahres 2008 aufgrund der im 1. Nachtragshaushalt 2007 bereitgestellten Verpflichtungsermächtigung abgeschlossen. Für den Haltepunkt Nord werden nur Teilflächen benötigt. Der Eigentümer war jedoch nur bereit, die Erweiterungsfläche seines Gewerbebetriebes vollständig zu veräußern.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses (1. Rate: 460.000 €) an die Schützengilde und die damit zusammenhängende mögliche Entwicklung von Sportflächen in Beimoor-Süd.

## **5. Verschuldung**

Die Verschuldung der Stadt (ohne Stadtbetriebe) wird Ende 2008 bis zu 16,9 Mio. € betragen, da nach 2006 (4,624 Mio. €) mit 5,046 Mio. € erneut eine erhebliche Neuverschuldung erforderlich wird; dieses obwohl außer dem Grunderwerb aus Sicht der Verwaltung eher Sanierungs- als freiwillige Projekte/ Ausgaben den Vermögenshaushalt 2008 prägen. Die Baumaßnahmen „Ausbau der Großen Straße inkl. Gestaltung dieser Freiflächen“ (bezuschusst mit 40 %) und Teilneubau der Grundschule Am Schloss sowie Grunderwerb Beimoor belasten in erheblichem Maß auch das Folgejahr bzw. die beiden Folgejahre. Der Investitionshaushalt 2009 sieht gegenwärtig mit 5,02 Mio. € eine Neuverschuldung in gleicher Höhe wie 2008 vor.

Steigt die Verschuldung Ende 2008 auf 16,9 Mio. € an, ergibt sich eine Verschuldung pro Einwohner von 557,23 €. Für die Tilgung sind 2008 0,585 Mio. €, für Zinsausgaben weitere 0,810 Mio. € veranschlagt. Der Zinssatz für Kommunalkredite steigt derzeit an, zurzeit wären rd. 4,8 % zu zahlen.

## **6. Aussichten**

Der Verwaltungshaushalt 2008 ist unverändert ausgeglichen. Allerdings hat gerade das Jahr 2007 gezeigt, welchen Schwankungen die Gewerbesteuer, die neben der Einkommensteuer die Hauptsäule der Einnahmen des Verwaltungshaushalts darstellt, unterliegt. Der Zuführungsbetrag des Verwaltungshaushalts von 3,173 Mio. € basiert auf der Annahme, dass Einkommensteuern von 12,98 Mio. € (Plan 2007: 12,1 Mio. €, Ergebnis 2006: 11,065 Mio. €) eingehen, weiterhin 20,0 Mio. € Gewerbesteuern (Plan 2007: 19,0 Mio. €). Er übersteigt abermals die Pflichtzuführung in Höhe der Tilgungsausgaben noch erheblich, sodass 2,588 Mio. € als Eigenanteil der zu finanzierenden Investitionen eingesetzt werden können.

Die Allgemeine Rücklage wird bereits 2007 zur Finanzierung des Vermögenshaushalts teilweise benötigt und 2008 aufgebraucht sein. Obwohl bekannt ist, dass eine Rücklage zum Ausgleich von Haushaltsrisiken dringend erforderlich ist – früher wurden 1,5 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts = rd. 0,8 Mio. € als Bestand empfohlen – ist gegenwärtig nicht erkennbar, dass dieses in Ahrensburg umgesetzt werden kann. Im Hinblick auf die Neuverschuldung sind Bestrebungen zur Haushaltskonsolidierung unverändert erforderlich, allerdings vorrangig im Vermögenshaushalt. Es muss überlegt werden, welche freiwilligen Projekte tatsächlich finanzierbar sind. Infrastrukturmaßnahmen wie die Sanierung von Straßen oder Schulen dürfen hierunter nicht leiden. Auch bei Förderungen von dritter Seite – wie dem Realisierungskonzept zur Attraktivierung der Innenstadt - muss dieser Grundsatz gelten. Eine Anhebung des Zuführungsbetrages zur Erhöhung des Eigenfinanzierungsanteils könnte z. B. durch die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B erfolgen.

Der Hebesatz wurde ab dem Haushaltsjahr 2003 auf 300 % festgesetzt – seinerzeit in Anlehnung an die für Anträge nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) maßgeblichen Hebesätze. Diese Grenze liegt seit dem 01.01.2006 bei 330 %. Es ließen sich Mehreinnahmen von bis zu 400.000 bis 500.000 € erzielen, bei einer Anhebung auf 310 % noch bis zu 200.000 €. Die Verwaltung hat eine derartige Anhebung - mit Blick auf die ablehnende Haltung der vergangenen Jahre - bewusst nicht vorgesehen.

Positiv und im Haushaltsansatz bereits berücksichtigt wirkt sich für die Kommunen unverändert die Senkung der Gewerbesteuerumlage aus. Diese sinkt 2008 abermals von jetzt 73 % auf 65 %. Ab 2009 wird sie sich bei ca. 70 % einpendeln. Für 2008 sind – wie ausgeführt – 20 Mio. € Gewerbesteuerereinnahmen einkalkuliert. Hiervon werden 2008 276 % (von 350 %) bei der Berechnung der Steuerkraft berücksichtigt und sind tlw. in Form der Finanzausgleichs- und Kreisumlage an insbes. Kreis und Land abzuführen. Die Finanzplanung der Jahre ab 2008 beruht auf realistischer Fortschreibung - aus heutiger Sicht. Die Einkommensteuerschätzung beruht auf dem Haushaltserlass für 2008. Es bleibt abzuwarten, ob die Einschätzung des Bundes sich bestätigt.

Die Investitionen steigen 2008 um rd. 45 % (+ 4,62 Mio. €) gegenüber 2007 und erreichen damit annähernd das Niveau von 2006. Die Jahre 2004, 2005 und 2007 lagen allerdings deutlich darunter. Die Steigerung ist insbes. auf die erwähnten außerordentlich hohen Kosten für Grunderwerb, aber auch im Baubereich, zurückzuführen.

2008 soll – siehe oben – der Ausbau der Mittelfahrbahn der Großen Straße von Woldenhorn bis Rondeel und der angrenzenden Freiflächen beginnen. Dies erfolgt parallel zum 2. Bauabschnitt für das geplante EKZ Klaus-Groth-Straße. Dieser Ausbau ist vordringlich, auch zur Ausweisung von Parkplätzen in der Innenstadt. Die Maßnahmen orientieren sich an dem 2004 erarbeiteten Konzept für die Landesgartenschau. Sie lassen sich nur mit Beteiligung von privater oder öffentlicher Seite umsetzen. Für die dargestellten Maßnahmen konnte seitens des Landes eine Förderung von 40 % gewonnen werden, die überwiegend aber erst 2009 gezahlt wird. Einen weiteren Bauschwerpunkt bilden der Haltepunkt Nord und der Beginn eines Teilneubaus der Grundschule Am Schloss.

Die im Zeitraum 2009 bis 2011 dargestellten Investitionen sind mit dem Ziel der Reduzierung/ Verschiebung weiterhin kritisch zu betrachten, um die Neuverschuldung abzumildern. Auf diesem Hintergrund sind auch alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen. Dieses gilt insbes. für den ab 2009 beabsichtigten Neubau des Peter-Rantzau-Hauses am Stormarnplatz. Es ist zu entscheiden, ob dieser Neubau in Eigenregie oder als ppp-Modell - wie der Neubau der Sporthalle an der IGS - erfolgen soll. Allerdings sind – bei einem vergleichbaren Kostenvolumen – bei Realisierung als ppp-Modell rd. 300.000 € jährlich für Bewirtschaftung und insbes. Finanzierung an den Bauträger zu entrichten, dies für die Dauer von 20 Jahren. Dadurch wird der Verwaltungsetat in diesem Zeitraum dauerhaft eingeschränkt.

---

Pepper  
Bürgermeisterin

**Anlagen:** 1. Haushaltssatzung 2008  
2. Übersicht zu Verpflichtungsermächtigungen 2008

# Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2008

Aufgrund der §§ 77 ff der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom xx.xx.xxxx folgende Haushaltssatzung erlassen:

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wird

- |  |                              |
|--|------------------------------|
| 1. <i>im Verwaltungshaushalt</i><br>in der Einnahme auf.....<br>in der Ausgabe auf ..... | 54.180.500 €<br>54.180.500 € |
|--|------------------------------|

und

- |   |              |
|---|--------------|
| 2. <i>im Vermögenshaushalt</i><br>in der Einnahme auf ..... | 14.382.500 € |
| in der Ausgabe auf .....                                    | 14.382.500 € |

festgesetzt.

## § 2

Es werden festgesetzt:

- |   |                |
|---|----------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen auf | 5.046.400 €    |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf                              | 10.446.000 €   |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf   | 8.000.000 €    |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf                        | 204,12 Stellen |

### § 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke (Grundsteuer A) 300 v. H.
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 300 v. H.
2. Gewerbesteuer 350 v. H.

### § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin seine/ ihre Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 10.000 € per Einzelfall.  
Die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung gilt in diesen Fällen als erteilt.

### § 5

- (1) Für die nach Anlage 1 zum Haushaltsplan im Verwaltungshaushalt nach § 15 Abs. 2 GemHVO gebildeten Budgets gelten folgende Budgetierungsregelungen:
  - a) Übersteigen die Mehreinnahmen eines Budgets die Mindereinnahmen, so kann der übersteigende Betrag zu 50 % für Mehrausgaben bei den Ausgaben des Budgets verwendet werden. Ausgenommen von Satz 1 sind die nach § 16 Abs. 1 GemHVO zweckgebundenen Einnahmen.
  - b) Übersteigen die Mindereinnahmen eines Budgets die Mehreinnahmen, so ist der übersteigende Betrag bei den Ausgaben des Budgets gesperrt. Ausgenommen sind die nach § 16 Abs. 1 GemHVO zweckgebundenen Einnahmen.

- c) Die Ausgaben eines Budgets mit Ausnahme der Ausgaben der Gruppierungsnummern 660 (Verfügungsmittel), 679 (Innere Verrechnungen), 680 (Abschreibungen), 685 (Verzinsung des Anlagekapitals), 689 (Rückstellungen) und 5196 – 5199 sowie 6580 (Bauhöferstattungen) sind gegenseitig deckungsfähig.
  - d) Die Ausgaben eines Budgets mit Ausnahme der Ausgaben der Gruppierungsnummern 660 (Verfügungsmittel), 679 (Innere Verrechnungen), 680 (Abschreibungen); 685 (Verzinsung des Anlagekapitals), 689 (Rückstellungen) und 5196 – 5199 sowie 6580 (Bauhöferstattungen) sind zugunsten der Ausgaben des entsprechenden Budgets im Vermögenshaushalt bis zur Höhe eines Betrages von 2.500 Euro einseitig deckungsfähig.
- (2) Die Ausgaben der nach Anlage 1 zum Haushaltsplan im Vermögenshaushalt nach § 15 Abs. 2 GemHVO gebildeten Budgets sind mit Ausnahme der Ausgaben der Gruppierung 98 jeweils gegenseitig deckungsfähig.
- (3) Für den Einzelplan 9 des Verwaltungshaushaltes gelten folgende Regelungen:
- a) Mehreinnahmen bei Steuern und allgemeinen Zuweisungen können für Mehrausgaben im selben Jahr bei Umlagen verwendet werden.
  - b) Die Ausgaben der Gruppierungsnummer 80 (Zinsen) sind gegenseitig deckungsfähig.
- (4) Im Einzelplan 9 des Vermögenshaushaltes sind die Ausgaben der Gruppierungsnummern 97 (Tilgungen) gegenseitig deckungsfähig.

Ahrensburg, den xx.xx.xxxx

(Pepper)  
Bürgermeisterin

## Übersicht über im Haushaltsplan 2008 ausgewiesene Verpflichtungsermächtigungen

Lfd. Nr.:	Haushaltsstelle	Maßnahme	zu Lasten folgender Haushaltsjahre				Summe		
			2008		2010			2011	
			EURO		EURO			EURO	
1	0201.9505	Rathaus/ Sanierung der Büroräume	60.000	60.000	0	0	60.000		
2	2110.9500	GS Am Schloss/ Gebäudesanierung und Umbau	2.060.000	1.000.000	800.000	260.000	2.060.000		
3	2300.9450	Stormarnschule/ Erneuerung der Sicherheitsbeleuchtung	125.000	125.000	0	0	125.000		
4	4310.9500	Neubau Peter-Rantzau-Haus/ incl. Außenanlagen	2.500.000	1.800.000	700.000	0	2.500.000		
5	5500.9870	Zuschuss an THCA	450.000	0	450.000	0	450.000		
6	5500.9871	Zuschuss an Ahrensburger Schützengilde	475.000	475.000	0	0	475.000		
6	5800.9525	Freiächengestaltung Große Straße	696.000	696.000	0	0	696.000		
8	6312.9500	Ausbau Große Straße	280.000	280.000	0	0	280.000		
9	7921.9505	Haltepunkt Nord/ Baukosten für Erschließungsstraße	800.000	800.000	0	0	800.000		
10	8800.9323	Grunderwerb Beimoor Süd	3.000.000	1.500.000	1.500.000	0	3.000.000		
		<b>Summe</b>	<b>10.446.000</b>	<b>6.736.000</b>	<b>1.950.000</b>	<b>260.000</b>	<b>10.446.000</b>		

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2007/128</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 01.11.2007	Aktenzeichen	Federführend: Herr Link

**Betreff**

**Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008  
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2008**

Beratungsfolge Gremium	Datum	Berichterstatter
Hauptausschuss	12.11.2007	
Stadtverordnetenversammlung	10.12.2007	Herr Düwel

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:	10.199.900 €			
Folgekosten	:				
<b>Bemerkung:</b>					

**Beschlussvorschlag:**

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen.

**Sachverhalt:**

Die Stadt Ahrensburg hat für jedes Haushaltsjahr als Bestandteil des Haushaltsplanes einen Stellenplan aufzustellen, der die für das Haushaltsjahr verfügbaren Stellen für Beamte und Beschäftigte ausweist. Durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst - TVöD - wird nicht mehr zwischen Angestellten und Arbeitern unterschieden. Dafür wird nun einheitlich von Beschäftigten gesprochen. Auch wird nicht mehr von Vergütungsgruppen (Angestellte) und Lohngruppen (Arbeiter), sondern nur noch von Entgeltgruppen (EG) gesprochen.

Der Stellenplan 2008 ist als **Anlage 1** dieser Vorlage beigefügt. Die gegenüber dem Stellenplan 2007 vorgesehenen Stellenänderungen sind in der Veränderungsliste in **Anlage 2** zusammengefasst und im Einzelnen in der **Anlage 3** begründet. Die Berechnung der Stellenanteilsverhältnisse geht aus der **Anlage 4** hervor. Der Stellenplanquerschnitt ist in der **Anlage 5** dargestellt worden.

Die Gleichstellungsbeauftragte und der Personalrat wurden beteiligt.

**Erläuterungen zum Stellenplan 2008**

Der vorgelegte Stellenplan gliedert sich wie folgt:

**1. Teil A Verwaltung**

Gemeindeorgane, Öffentlichkeitsarbeit, Rechnungsprüfungsamt, Gleichstellungsbeauftragte, Personalrat, Fachbereiche und Fachdienste

## 2. Teil B Einrichtungen

Badlantic, Feuerlöschwesen, Schulen, Verwaltung der Kindertagesstätten, Kindertagesstätten, Bruno-Bröker-Haus, Kinder- und Jugendhof Blockhaus, Waldkindergarten, Gemeinschaftshaus Gartenholz, Jugendtreff Hagen, Stadtarchiv, Musikpflege, VHS, Stadtbücherei, Zentrale Gebäudewirtschaft, Märkte.

## 3. Nachrichtlich aufzuführende Mitarbeiter/innen

Die Planstellen der Beamten/innen sind mit 40 Wochenstunden, die der Beschäftigten mit 38,5/39,5 Wochenstunden als Vollzeitstellen ausgewiesen. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Beamten/innen wird in der Spalte „Besetzung am 30.06. des Vorjahres“ genannt. Die Arbeitszeiten der Beschäftigten werden entsprechend ihrer tatsächlichen Zeitanteile in allen drei Spalten dargestellt.

### Beispiele:

- Seite 1 lfd. Nr. 1 im Stellenplan, Stelle Bürgermeisterin, Vollzeit = 1,0 (Beamtin = 41 Stunden)
- Seite 1 lfd. Nr. 4 im Stellenplan, Stelle Mitarbeiterin RPA, Teilzeit = 0,78 (Beschäftigte, EG 11/6 mit 30 Stunden)
- Seite 1 lfd. Nr. 2 im Stellenplan, Leiterin RPA, Teilzeit = 0,63 (Beamtin = 25 Stunden). Im Vorjahr und im laufenden Jahr wird die Stelle jedoch als Vollzeitstelle ausgewiesen. Dies hängt mit dem Anspruch der Beamten/innen auf jederzeitige Vollbeschäftigung zusammen.

Wichtig sind die Veränderungen, die zu Stellenab- oder -zugängen führen. Diese werden in den Begründungen zur Veränderungsliste erläutert.

Darüber hinaus wurden Empfehlungen aus dem Finanzausschuss und dem Sozialausschuss übernommen und Anregungen für die Einrichtung neuer Planstellen berücksichtigt.

Auf Seite 3 und 4 der Veränderungsliste (siehe Anlage 3) sind im UA 4520 - FD III.3 Jugendpflege/Schulsozialarbeit – lfd. Nr. 98 und 99 zwei zusätzliche Teilzeit-Stellen (2 x 0,5 Stelle) für die Betreuung von Schülerinnen und Schülern im Schulzentrum Am Heimgarten und in der Integrierten Gesamtschule (IGS) in schwierigen Lebenslagen ausgewiesen.

Ferner empfiehlt das Organisationsgutachten vom 03.01.2006 eine auf 2 Jahre befristete Vollzeitstelle im bautechnischen Bereich der ZGW (siehe Ziffer 4.2.6.4 auf Seite 132, letzter Satz). Diese Empfehlung wurde bereits in dem Stellenplan 2007 aufgenommen. Die Befristung läuft noch bis zum 31.07.2008. Die Verwaltung bittet die Gremien; die Befristung der Planstelle 134 um weitere 3 Jahre bis zum 31.07.2011 zu verlängern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Vorgaben der städtischen Gremien für die Aufstellung des Stellenplans 2008 von der Verwaltung eingehalten werden konnten. Obwohl bei einzelnen Stellen die Stundenzahl erhöht sowie Stellen neu geschaffen werden (z. B. in der Jugendarbeit), wird das Stellenvolumen insgesamt um 0,11 Planstellen verringert. Die Stellenreduzierung fällt noch deutlicher aus, wenn folgende Punkte betrachtet werden:

- Die Einsparung der Vollzeitstelle des Feuerwehrsachbearbeiters darf erst mit dem Stellenplan 2009 ausgewiesen werden, weil der Stelleninhaber noch bis zum 31.03.2008 hierauf zu führen ist. Ab dem 01.04.2008 fallen hier keine Personalkosten mehr an.
- Die Teilzeitstelle der Logopädin bei der VHS (TZ 0,5) wird ab 01.10.2008 durch Renteneintritt der Stelleninhaberin frei. Dann greift der kw-Vermerk. Die Einsparung dieser Planstelle wird mit dem Stellenplan 2009 umgesetzt. Ab dem 01.10.2008 fallen hier keine Personalkosten mehr an.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass für zwei Planstellen, deren Inhaberinnen in Elternzeit sind, keine Vertretungen eingestellt wurden. Hierdurch werden die Personalkosten für 2008 verringert. Es handelt sich um eine Vollzeitstelle in der ZGW (bis 21.05.2008) und eine Vollzeitstelle im FD II.4 „Soziale Hilfen und Wohnungsangelegenheiten“ (bis 24.08.2008).

### Zukunftsausblick

Die Altfälle von zurückkehrenden beurlaubten Mitarbeiterinnen konnten inzwischen fast vollständig abgeschlossen werden. Lediglich in einem Fall wird noch eine Planstelle für eine rückkehrende Beamtin im Jahre 2009 benötigt. Für eine weitere Beamtin besteht zwar ein theoretischer Anspruch, es wird aber davon ausgegangen, dass es mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zu keiner Rückkehr kommt.

### Ergebnis Stellenplan 2008:

Die Addition aller Stundenanteile der vorhandenen Stellen ergibt rechnerisch 204,12 Vollzeitstellen (2007 = 204,23). Dies ist ein Abgang um **0,11 Planstellen**.

Die Zu- und Abgänge bei den Stellen bzw. Stellenanteilen sind nachfolgend dargestellt.

	Zugänge	Abgänge
<b>Teil A - Verwaltung</b>	4,21	2,98
<b>Zwischen-Saldo</b>	1,23	–
<b>Teil B - Einrichtungen</b>	2,27	3,61
<b>Zwischen-Saldo</b>	–	1,34
<b>Gesamt Teil A und B</b>	6,48	6,59
<b>Saldo</b>		<b>- 0,11</b>

### Vergleich der Personalausgaben-Ansätze 2007 / 2008

Untergliederung Ausgabearten	Haushalts- ansatz 2007	Haushalts- ansatz 2008	Abweichung 2007 zu 2008	Abwei- chung in %
Beamtenbesoldung (UGr. 410)	1.549.800	1.493.800	- 56.000	- 3,61 %
Entgelt für tariflich Beschäftigte (UGr. 414)	5.873.300	5.967.500	94.200	1,60 %
Beiträge zu Versorgungskassen (Grp. 43)	1.329.900	1.289.500	40.400	- 3,04 %
Beiträge zur ges. Soz.-Vers. inkl. Zusatz- vers. f. tariflich Beschäftigte (Grp. 44)	1.264.300	1.223.100	- 41.200	- 3,26 %
Deckungsreserve für Personalausgaben	78.900	76.000	- 2.900	- 3,68 %
<b>Beihilfen und Unterstützungen (Grp. 45)</b>	150.000	150.000	0	0 %
<b>Stellenplankosten</b>	<b>10.246.200</b>	<b>10.199.900</b>	<b>- 46.300</b>	<b>- 0,45 %</b>

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sah vor, dass bis einschließlich 2007 keine Entgeltsteigerungen vorgenommen wurden (Besitzstandswahrungen fanden Berücksichtigung). Allerdings wurde ab 1.10.2007 den Beschäftigten ein Strukturausgleich gewährt.

Anders als der Besitzstand dient der Strukturausgleich nicht der Sicherung einer bestehenden Entgelthöhe, sondern als Ausgleich für fiktive zukünftige Einkommenseinbußen. Grundsätzlich werden nicht mehr realisierte Erwerbsaussichten nach dem alten Recht im TVöD nicht geschützt. Nach Überführung in die neue Tabelle können sich aber bei einzelnen Gruppen von bisherigen Angestellten im Vergleich zu der Einkommensentwicklung, die sie nach BAT gehabt hätten, Differenzen ergeben, die die Tarifvertragsparteien unter Vertrauensschutzgesichtspunkten teilweise ausgleichen wollten.

Für das Jahr 2008 wird mit Tarifverhandlungen zu rechnen sein. Daraus entstehende Mehrkosten lassen sich derzeit nicht genau bestimmen. Sollten sich Mehrkosten ergeben, werden diese im Nachtragshaushalt angemeldet.

Die Personalkosten für die im vorliegenden Stellenplan-Entwurf 2008 enthaltenen Stellen wurden vor diesem Hintergrund errechnet und im Haushaltsplan beantragt. Für Beamtinnen und Beamte sind für das Jahr 2008

Besoldungserhöhungen vorgesehen. Diese Kosten sind in der Personalkostenplanung berücksichtigt worden.

---

Pepper  
Bürgermeisterin

**Anlagen:**

- Anlage 1: Stellenplan der Stadt Ahrensburg für 2008
- Anlage 2: Veränderungsliste Stellenplan 2008
- Anlage 3: Veränderungsliste schriftliche Begründung
- Anlage 4: Stellenplanquerschnitt Stellenplan 2008
- Anlage 5: Berechnung der Stellenverhältnisse

**STELLENPLAN  
DER  
STADT AHRENSBURG  
FÜR 2008**

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH Unter-Abschnitt	01.11.2007	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung der Stellen						Bemerkungen
					2007	2008	2007	2008	2007	2008	
2008	2007	Name	Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG
		<b>A Verwaltung</b>									
		<b>Bürgermeisterin</b>									
1	1	0000	1	1	B 4	1	1	B 4	1	1	B 4
		<b>Rechnungsprüfung</b>									
2	2	0100	1	1	A 13	0,63	1	A 13	1	1	A 13
3	3	0100			11		1	11		1	11
4	4	0100			11		0,78	11		0,78	11
			Summe	1	1,78	0,63	1,78		1	1,78	
		<b>0250</b>									
		<b>Gleichstellungsbeauftragte</b>									
5	5	0250	1	1	12		1	12		1	12
			Summe	1	1		1			1	
		<b>0810</b>									
		<b>Personalrat</b>									
6	6	0810	1	1	8		1	8		1	8
			Summe	1	1		1			1	
			<b>Teil A Oberste Gemeindeorgane, RPA, GL, PR Planstellenanteile insgesamt</b>								
			2	3,78	1,63	3,78	2	3,78			
			<b>Fachbereich I Personal/Finanzen/Organisation</b>								
7	7	0200	1	1	A 15	1	1	A 14	1	1	A 15
			Summe	1	1		1		1	1	
		<b>0300</b>									
		<b>FD I.1 Finanzen und Liegenschaften</b>									
		<b>Finanzverwaltung</b>									
8	8	0300	1	1	A 12	0,9	1	A 12	1	1	A 12
9	9	0300	1	1	A 10	1	1	A 10	1	1	A 10
10	10	0300	1	1	11		1	11		1	11
11	13	0300								0,5	A 8
12	39	0301								1	8
13	11	0300			9		0,78			0,78	9
		<b>Steuerverwaltung</b>									
14	12	0340	1	1	A 10	1	1	A 10	1	1	A 10

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH	01.11.2007	Bezeichnung der Stelle		Anzahl und Bewertung der Stellen						Bemerkungen	
				Fachbereiche	Fachdienste	2007	2007	besetzt am 30.06.2007	2008	2008			
				Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	Bea./EG	Besch.	Bea./EG	Besch.	Bes./EG	Besch.
15	56	0340			1			8	1	8	1	8	
16	14	0350			1			A 12	1	A 12	1	A 12	
17													
18	15	0350			1			A 11	0,63	A 11	1	A 11	TZ 26
19	16	0350			1			A 10	0,49	A 10	1	A 10	TZ 20
					7	1,78			6,02		7		3,28
		0220											
20	17	0220			1			A 13	1	A 13	1	A 13	
21	18	0220			1			10	1	10	1	10	
22	19	0220			1			9	1	9	1	9	
23	20	0220			1			9	1	9	1	9	
					1	3			1		3		
		0200											
24	21	0200			1			11	1	11	1	11	
25	22	0200			1			11	1	11	1	11	ku: EG 10
26	24	0200			1			A 11	1	A 11	1	A 11	
27	131	0200			1			A 10	1	A 10	1	A 10	EG 8
28	25	0210			1			10	1	10	1	10	
29	26	0210			1			9	1	9	1	9	
30	27	0200											
31	28	0200			0,78			3	0,78	3	1	3	TZ 30
32	29	0200			0,88			5	0,88	5	0,88	5	ku: EG 3 / TZ 34
33	30	0200			1			6	1	6	1	6	ku: EG 10 / Sozialplanstelle
					1	11							Datenschutzbeauftragter, Sperrvermerk
					2	7,66			2	6,66	2	6,88	Besetzung nur durch Beschluß des HA
		0240											
33	31	0240			1			A 11	1	A 11	1	A 11	A 12
34	23	0240			1			A 11	1	A 11	1	A 11	A 11
35	33	0240			1			3	1	3	1	3	Sozialplanstelle
36	34	0240			0,65			5	0,65	5	0,65	5	TZ 25
37	35	0200			0,88			9	0,88	9	0,88	9	ku: EG 8 / TZ 34
38	36	0200			1			6	1	6	1	6	ku: EG 5 / 3,5 Std. Kostenerstattung d. GAG
39	37	0240			0,23			2	0,23	2	0,23	2	TZ 9 Neubesetz. 1.11.2007
					2	3,76			2	3,76	2	3,76	



Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH	01.11.2007	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung der Stellen										Bemerkungen			
					2007		besetzt am 30.06.2007		2008		2008		2008					
					Bes.	Besch.	Bes./EG	Bes.	Besch.	Bes./EG	Bes.	Besch.	Bes./EG	Bes.	Besch.	Bes./EG	Bes.	
				<b>Fachbereiche</b>														
				<b>Fachdienste</b>														
66	61	1120		Beschäftigte/er	3	7,16	8	2,5	6,68	8	0,5	3	7,18	8			kw-künftig wegfallend/ EU- Erziehungsuriaub ku-künftig umzuwandeln / TZ - Teilzeit-Stu angabe / ATZ-Altersteilzeit kw: 1.10.2014 / TZ 19,25	
				<b>Summe</b>														
				<b>FD II.3 Verkehrsaufsicht</b>														
67	62	1150		Stadtamtfrau/mann	1		A 11	1		A 11	1			A 11				
68	63	1150		Beschäftigte/er	1		9	0,78		9	1			9			TZ 30	
69	64	1100		Beschäftigte/er	1		9	1		9	1			9			Besitzstandsverwaltung 2031 HA v. 12.02.01	
70	65	1150		Beschäftigte/er	1		8	1		8	1			8				
71	66	1150		Beschäftigte/er		0,75	5	0,75		5	0,75			5			TZ 29	
72	67	1150		Beschäftigte/er		0,75	5	0,75		5	0,75			5			TZ 29	
73	68	1150		Beschäftigte/er		0,5	5	0,5		5	0,5			5			TZ 19,25	
				<b>Summe</b>	1	5		1	4,78		1	5						
				<b>FD II.4 Verwaltung der Sozialhilfen Wohngeldgesetz, Rentenberatung / Sonstige soziale Maßnahmen und Projekte</b>														
4000, 4001, 4002, 4004																		
74	69	4000		Stadtamtfrau/mann	1		A 12	1		A 12	1			A 12				
75	70	4000		Beschäftigte/er	1		9	1		9	1			9				
76	71	4000		Beschäftigte/er	1		9			9				9			EZ / z.Z nicht besetzt	
77	72	4000		Beschäftigte/er		0,5	9	0,5		9	0,5			9			TZ 19,25	
78	73	4000		Beschäftigte/er		1	9	1		9	1			9				
79	74	4004		Beschäftigte/er		0,78	9	0,78		9	0,78			9			TZ 30	
80	75	4004		Beschäftigte/er		0,52	9	0,52		9	0,52			9			TZ 20	
81	76	4004		Beschäftigte/er		0,5	9	0,5		9	0,5			9				
82	77	4001		Beschäftigte/er		0,5	9	0,5		9	0,5			9			ku EG 8 / TZ 19,25 / ATZ 1.04.2006 - 31.03.2012	
83	78	4001		Beschäftigte/er		1	9	1		9	1			9			ku EG 8	
84	79	4002		Stadthauptsekretär/in	1		A 8	1		A 8	1			A 8				
85	80	4000		Stadtsinspektor/in	1		A 9 gD	1		A 9 gD	1			A 10			Kostenerstattung d. ARGE	
86	81	4000		Stadtoberinspektor/in	1		A 10	1		A 10	1			A 10			Kostenerstattung d. ARGE	
87	82	4000		Beschäftigte/er		1	9	1		9	1			6			in Abgang zu stellen / z.Z. nicht besetzt	
87	83	4000		Beschäftigte/er		1	6	1		6	1			6			Kostenerstattung d. ARGE	
				<b>Summe</b>	4	8,8		4	7,8		4	7,8						
				<b>Teil A Fachbereich II Planstellenanteile insgesamt :</b>														
				<b>Summen</b>	13	22,48		12,5	20,56		13	21,98						
				<b>Fachbereich III Bildung / Sport / Kultur und Soziale Einrichtungen</b>														
88	84	2000		Oberamtsrätin/rat	1		A 14	1		A 13	1			A 14				
89	85	2000		Angestellter		1	6	1		6	1			6			ku EG 5	

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH Unter-Abschnitt	01.11.2007	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung der Stellen						Bemerkungen	
					2007	2008	2007	2008	2007	2008		
Fachbereiche		2007		2008		besetzt am 30.06.2007				Bes./EG		
Fachdienste		Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	Bea.	Besch.			
Name		1	1	1	1	1	1	1	1			
<b>FD III. 1 Schule / Sport / und FB-Verwaltung</b>												
90	86	2000										
91	87	2000		1		A 12		1		A 12		
92	88	2000		1		A 10		1		A 10		
93	89	2000		0,47		9		0,47		9	TZ 30	
				1		6		1		6	TZ 18	
				2	1,47	0		1	2,22	0	2	ku Sozialplanstelle befrist. b.z. 28.02.2009 kw / 19,25 WoStd. ab 1.03.2009
<b>FD III.3 Jugendpflege</b>												
<b>Schulsozialarbeit, Projekt für gefährdete Jugendliche</b>												
94	90	4070		0,91		11		0,91		11	TZ 35	
95	91	4070		0,71		6		0,71		6	TZ 27,5	
96	92	4520		1		9		1		9		
97	93	4525		0,5		9		0,5		9	TZ 19,25	
98		4520								9	TZ 19,5 Sozialpädagogenst.	
99		4520								9	TZ 19,5 Sozialpädagogenst.	
				0	3,12			0	3,12	0	4,12	
<b>FD III. 4 Kulturmanagement</b>												
100	94	3000		1		12		0,78		12	kw am 31.12.2025 / TZ 31	
101	95	3000		0,68		8		0,68		8	kw am 30.09.2031 / TZ 26,25	
102	96	3310		0,52		7		0,52		7	TZ 20 Alfred-Rust-Saal	
103	97	3310		0,21		7		0,21		7	TZ 8 Alfred-Rust-Saal	
104	98	3310		0,65		1		0,65		1	TZ 25 Alfred-Rust-Saal (6,25x4) Gardro	
105	99	3310		0,39		1		0,39		1	TZ 15 Alfred-Rust-Saal	
				0	3,45			0	3,23	0	3,45	
<b>Teil A / Fachbereich III / Planstellen insgesamt :</b>												
<b>Summen</b>		<b>3</b>		<b>9,04</b>				<b>2</b>	<b>9,57</b>		<b>3</b>	<b>10,04</b>
<b>Fachbereich IV Stadtplanung / Bauen / Umwelt</b>												
<b>Allgemeine Bauverwaltung</b>												
106	100	6000		1		A 15		1		A 15	1	ku



Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH	01.11.2007	Bezeichnung der Stelle		Anzahl und Bewertung der Stellen										Bemerkungen
				Fachbereiche		2007		besetzt am 30.06.2007		2008		Bes./EG		Bes./EG		
Fachbereiche		Name		Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	Bea.	Besch.	
2008	137	55	0355	Beschäftigter	1	1	8	1	8	6	6	6	6	6	6	
2008	138	132	0355	Beschäftigter	1	1	6	1	6	6	6	6	6	6	6	
2008	139	133	0355	Beschäftigter	1	1	6	1	6	6	6	6	6	6	6	
2008	140	134	0355	Beschäftigter	1	1	6	1	6	6	6	6	6	6	6	
2008	141	135	0355	Beschäftigter	1	1	5	1	5	5	5	5	5	5	5	
2008	142	136	0355	Beschäftigter	0,5	0,5	3	0,5	3	3	3	3	3	3	3	
2008	143	137	0355	Beschäftigter	0,59	0,59	3	0,59	3	3	3	3	3	3	3	
2008	144	138	0355	Beschäftigter	0,59	0,59	3	0,59	3	3	3	3	3	3	3	
2008	145	139	0355	Beschäftigter	0,16	0,16	3	0,16	3	3	3	3	3	3	3	
				Summe	1	12,84	1	11,62	1	12,84						
				8810	FD IV .4 Büros / Geschäftsräume											
2008	146	140	8810	Beschäftigter		0,55	2	0,55	2						2	
2008	147	141	8810	Beschäftigter		0,87	2	0,87	2						2	
2008	148	142	8810	Beschäftigter		0,55	2	0,55	2						2	
2008	149	143	8810	Beschäftigter		0,55	2	0,55	2						2	
2008	150	144	8810	Beschäftigter		0,55	2	0,55	2						2	
				Summe	0	3,07	0	3,07	0	3,07	0	3,07	0	3,07		

Teil A / Fachbereich IV / Planstellenanteile insgesamt :					
Summen	8	32,44	7,76	30,22	8
Summen	39	88,94	35,9	83,55	39

Teil A / B, RPA, GL, PR und Fachbereiche I, II, III, IV / Planstellenanteile insgesamt :					
Summen	39	88,94	35,9	83,55	39
Summen					

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH	01.11.2007	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung der Stellen				Bemerkungen	
					2007	2008	besetzt am 30.06.2007	2008		
Fachbereiche		Fachdienstste		Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	
2008		2007		Name						
				<b>Teil B Einrichtungen</b>						
				FD II.1 Finanzen und Liegenschaften						
				Badantik						
151	145	5700			1		1		9	kw: 30.09.09
152	146	5700			0,75		0,75		5	kw: 28.02.12 TZ 29
153	147	5700			0,5		0,5		3	kw: 30.11.15 TZ 19,25
				Summe	0	2,25	0	2,25	0	2,25

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH	01.11.2007	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung der Stellen				Bemerkungen	
					2007	2008	besetzt am 30.06.2007	2008		
Fachbereiche		Fachdienstste		Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	
2008		2007		Name						
				<b>Teil B / Fachbereich I / Planstellenanteile insgesamt :</b>						
				Summen	0	2,25	0	2,25	0	2,25
				<b>FD II.1 Grundsatz- und Ordnungsangelegenheiten</b>						
154	148	1300			1		1		10	nicht besetzt / ab 1.04.2008 frei
155	149	1300			1		1		8	Feuerwehrgerätewart
156	150	1300			1		1		8	Feuerwehrgerätewart
				Summen	0	3	0	3	0	3
				<b>Teil B / Fachbereich II / Planstellenanteile :</b>						
				Summen	0	3	0	3	0	3
				<b>FD II.1 Grundsatz- und Ordnungsangelegenheiten</b>						
				<b>Märkte</b>						
				Beschäftigte/er	1		1		6	
				Summen	0	1	0	1	0	0
				<b>Teil B / Fachbereich II / Planstellenanteile insgesamt :</b>						
				Summen	0	1	0	1	0	0
				<b>FD III. 1 Schule / Sport / und FB-Verwaltung</b>						
				<b>Grundschule Am Schloß</b>						
				Beschäftigte/er					6	
				Grundschule Am Reesenbüttel	0,78		0,78		6	
157	158	2110							5	ku EG 5 / TZ 27,5

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	HH	01.11.2007		Anzahl und Bewertung der Stellen										Bemerkungen		
			Bezeichnung der Stelle	Fachbereiche	2007	besetzt am 30.06.2007		2008		2008		2008					
Nr.	Nr.	Unter-Abschnitt	Name	Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.
158	154	2112		Beschäftigte/er		5	0,68		5		0,68		5		0,68		kw-künftig wegfallend/ EU- Erziehungsurtaub
159	155	2114		Grundschule Am Hagen		5	0,6		5		0,6		5		0,6		ku-künftig umzuwandeln / TZ - Teilzeit-Stu
160	156	2116		Grundschule Am Aalfang		6	0,6		6		0,6		6		0,6		ATZ-Altersteilzeit
161	157	2132		Hauptschule Am Heimgarten		5	0,77		5		0,77		5		0,77		
162	162	2210		Realschule Am Heimgarten		5	0,74		5		0,74		5		0,74		
163	159	2300		Stormarnschule		6	1		6		1		6		1		
164	160	2310		Gymnasium Schule Am Heimgarten		5	0,77		5		0,77		5		0,77		
165	161	2700		Fritz-Reuter-Schule		6	0,84		6		0,84		6		0,84		
166	162	2810		Integrierte Gesamtschule		5	0,83		5		0,83		5		0,83		
				Summe	0	7,61		0	7,61		0	7,61		0	7,61		
				FD III.2 Soziale Einrichtungen													
				Verwaltung der KITAS													
167	163	4640		Beschäftigte/er		11	1		11		1		11		1		
168	164	4640		Beschäftigte/er		9	0,78		9		0,78		9		0,78		
169	165	4640		Beschäftigte/er		9	0,51		9		0,51		9		0,51		
170	166	4640		Beschäftigte/er		9	0,73		9		0,73		9		0,73		
171	167	4640		Beschäftigte/er		9	0,5		9		0,5		9		0,5		
				Summe	0	3,52		0	3,52		0	3,52		0	3,52		
				Kindertagesstätte Pionierweg													
172	168	4641		Beschäftigte/er		9	1		9		1		9		1		
173	169	4641		Beschäftigte/er		6	0,65		6		0,65		6		0,65		
174	170	4641		Beschäftigte/er		8	0,78		8		0,78		8		0,78		
175	171	4641		Beschäftigte/er		6	0,65		6		0,65		6		0,65		
176	173	4641		Beschäftigte/er		8	0,78		8		0,78		8		0,78		
177	174	4641		Beschäftigte/er		2	0,91		2		0,91		2		0,91		
				Summe	0	5,55		0	5,55		0	5,55		0	5,55		
				Kindertagesstätte Schäferweg													
178	175	4642		Beschäftigte/er		10	1		10		1		10		1		
179	176	4642		Beschäftigte/er		10	1		10		1		10		1		
180	177	4642		Beschäftigte/er		6	0,68		6		0,68		6		0,68		

Lfd. Nr.	Lfd. Nr.	01.11.2007		Anzahl und Bewertung der Stellen						2008		Bemerkungen	
		Bezeichnung der Stelle	Fachbereiche	2007	besetzt am 30.06.2007		2008		2008				
				Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	Bea.	Besch.	Bes./EG	
2008	2007	Name											
181	178	4642	Beschäftigte/er		0,7	8		0,7	8		0,7	8	TZ 27
182	179	4642	Beschäftigte/er		0,5	8		0,5	8		0,5	8	TZ 19,25
183	180	4642	Beschäftigte/er		0,97	8		0,97	8		0,97	8	TZ 37,5
184	181	4642	Beschäftigte/er		0,52	8		0,52	8		0,83	8	TZ 32
185	182	4642	Beschäftigte/er		0,5	8		0,5	8		0,5	8	TZ 19,5
186	183	4642	Beschäftigte/er		0,78	8		0,78	8		0,78	8	TZ 30
187	184	4642	Beschäftigte/er		0,5	8		0,5	8		0,5	8	TZ 19,5
188	185	4642	Beschäftigte/er		0,65	8		0,65	8		0,65	8	TZ 25
189	186	4642	Beschäftigte/er		1	8		1	8		1	8	
190	187	4642	Beschäftigte/er		1	8		1	8		1	8	
191	200	4642	Beschäftigte/er								0,52	5	TZ 19,5 (Springerin)
192	172	4641	Beschäftigte/er								0,49	5	TZ 19 (Springerin)
193	4642		Beschäftigte/er								0,47	6	TZ 18
194	188	4642	Beschäftigte/er		1	8		1	8		1	8	
195	189	4642	Beschäftigte/er		0,83	6		0,83	6		0,49	6	TZ 19
196	190	4642	Beschäftigte/er		1	8		1	8		1	8	
197	191	4642	Beschäftigte/er		0,52	8		0,52	8		0,52	8	TZ 20
198	192	4642	Beschäftigte/er		1	4		1	4		1	4	
199	193	4642	Beschäftigte/er		0,52	4		0,52	4		0,52	4	TZ 20
200	194	4642	Beschäftigte/er		1	2		1	2		1	2	
			Summe	0	15,67			15,67		0	17,12		
			FD III.3 Jugendpflege										
		4604	Bruno-Broker-Haus										
201	195	4604	Beschäftigte/er		1	9		1	9		1	9	
202	196	4604	Beschäftigte/er		1	9		1	9		1	9	
			Summe	0	2		0	2		0	2		
		4605	Kinder- und Jugendhof Blockhaus Waldkindergarten Am Neuen Teich										
203	197	4605	Beschäftigte/er		1	9		1	9		1	9	
204	198	4605	Beschäftigte/er		0,5	9		0,5	9		0,5	9	TZ 19,25
205	199	4605	Beschäftigte/er		0,5	9		0,5	9		0,5	9	TZ 19,25
	200	4605	Beschäftigte/er		0,5	5							TZ 19,5
		4648	Waldkindergarten										
206	201	4648	Beschäftigte/er		0,91	8		0,91	8		0,91	8	TZ 35 EZ-Vertretung
207	202	4648	Beschäftigte/er		0,91	6		0,91	6		0,91	6	TZ 35
			Summe	0	4,32		0	3,82		0	3,82		
		4603	Gemeinschaftshaus Gartenholz-Kremerberg										
208	203	4603	Beschäftigte/er		0,5	9		0,5	9		0,5	9	TZ 19,25
209	204	4603	Beschäftigte/er		0,5	9		0,5	9		0,5	9	TZ 19,25
210	205	4603	Beschäftigte/er		1	9		1	9		1	9	

01.11.2007		Bezeichnung der Stelle		Anzahl und Bewertung der Stellen						Bemerkungen	
Lfd.	HH	Fachbereiche									
Lfd.	2007	2007	Name	Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	2008
				Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	Besch.	
			Summe	0	2			0	2		
			Jugendtreff Hagen								
211	206	4608	Beschäftigte/er	1		9		1		9	
212	207	4608	Beschäftigte/er	0,34		6		0,34		6	TZ 13
			Summe	0	1,34			0	1,34		
			Summe FD III.3	0	9,66			0	9,16		
			FD III. 4 Kulturmanagement								
			Stadtarchiv								
213	208	3210	Archivar/in	0,78		9		0,78		9	TZ 30, davon entf. TZ 5 WoStd. auf Ammersbek
			Musikpflege								
214	209	3320	Musiklehrer/in	0,78		10		0,78		10	TZ 30 Musikschule kw: 31.05.2018
215	210	3320	Angestellte/r	0,26		5		0,26		5	TZ 10 Musikschule kw: 31.01.2028
			Summe	0	1,82			0	1,82		
			FD III. 5 Volkshochschule								
216	211	3500	Beschäftigte/er	0,65		13		0,65		13	TZ 25
217	212	3500	Beschäftigte/er	0,35		10		0,35		10	TZ 13,5
218	213	3500	Beschäftigte/er	0,5		10		0,5		10	TZ 19,5
219	214	3500	Beschäftigte/er	1		13		1		13	ku EG 11
220	215	3500	Beschäftigte/er	1		6		0,5		6	ATZ 1.02.2007 - 31.07.2008
221	216	3500	Beschäftigte/er	1		5		1		5	
222	217	3500	Beschäftigte/er	0,5		11		0,5		11	kw: 31.07.2019 TZ 19,25
223	218	3500	Beschäftigte/er	0,5		11		0,5		11	kw: 30.09.2008 TZ 19,25 ab 1.10.nicht
			Summe	0	5,5			0	5		
			FD III. 6 Bücherei								
			Beschäftigte/er	1		10		1		10	
224	219	3520	Beschäftigte/er	1		9		1		9	
225	220	3520	Beschäftigte/er	0,5		9		0,5		9	TZ 19,5
226	221	3520	Beschäftigte/er	0,5		9		0,5		9	TZ 19,5
227	222	3520	Beschäftigte/er	0,5		9		0,5		9	TZ 19,5
228	223	3520	Beschäftigte/er	0,5		5		0,5		5	TZ 19,5
229	224	3520	Beschäftigte/er	1		6		1		6	
230	225	3520	Beschäftigte/er	1		5		1		5	
231	226	3520	Beschäftigte/er	0,5		5		0,5		5	TZ 19,5
232	227	3520	Beschäftigte/er	0,5		5		0,5		5	TZ 19,5
233	228	3520	Beschäftigte/er	0,5		5		0,5		5	TZ 19,5
234	229	3520	Beschäftigte/er	0,5		5		0,5		5	TZ 19,5
235	230	3520	Beschäftigte/er	0,5		5		0,5		5	TZ 19,5

01.11.2007		Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung der Stellen								Bezeichnungen	
		Fachbereich	0	1	2	3	4	5	6	7	8	Bemerkungen
		<b>Teil B / Fachbereich III / Planstellenanteile insgesamt :</b>										
		<b>Summen</b>	<b>0</b>	<b>57,33</b>	<b>0</b>	<b>55,55</b>				<b>0</b>	<b>57</b>	
		<b>Fachbereich IV Stadtplanung / Bauen / Umwelt</b>										
		<b>FD IV. 4 Zentrale Gebäudewirtschaft</b>										
236	231	Grundschule Am Schloß										
	232	Beschäftigter		1					6		1	6
	237	Beschäftigter		0,13					2		0,13	2
												TZ 5
238	233	Grundschule Am Reesenbüttel										
		Beschäftigter		1					5		1	5
		<b>Grundschule Am Hagen</b>										
	239	Beschäftigter		1					5		1	5
	240	Beschäftigter		0,58					2		0,58	2
												TZ 22,5
241	236	Grundschule Am Aalfang										
		Beschäftigter		1					5		1	5
		<b>Hauptschule Am Heimgarten</b>										
	242	Beschäftigter		1					5		1	5
		<b>Realschule Am Heimgarten</b>										
	243	Beschäftigter		1					6		1	6
		<b>Stormarnschule</b>										
	244	Beschäftigter		1					6		1	6
	245	Beschäftigter		1					5		1	5
		<b>Gymnasium Am Heimgarten</b>										
	246	Beschäftigter		1					5		1	5
		<b>Fritz-Reuter-Schule</b>										
	247	Beschäftigter		1					5		1	5
		<b>Integrierte Gesamtschule</b>										
	248	Beschäftigter		1					5		1	5
	249	Beschäftigter		1					6		1	6
			<b>0</b>	<b>12,71</b>	<b>0</b>	<b>12,71</b>	<b>0</b>	<b>12,71</b>	<b>0</b>	<b>12,71</b>	<b>0</b>	<b>12,71</b>

01.11.2007	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung der Stellen	Bemerkungen																																
<table border="1"> <tr> <td colspan="4">Teil B / Fachbereich IV / Planstellenanteile insgesamt :</td> </tr> <tr> <td>0</td> <td>12,71</td> <td>0</td> <td>12,71</td> </tr> <tr> <td colspan="4">Summen</td> </tr> </table>				Teil B / Fachbereich IV / Planstellenanteile insgesamt :				0	12,71	0	12,71	Summen																							
Teil B / Fachbereich IV / Planstellenanteile insgesamt :																																			
0	12,71	0	12,71																																
Summen																																			
<table border="1"> <tr> <td colspan="4">Teil B / Fachbereiche I, II, III, IV / Planstellenanteile insgesamt :</td> </tr> <tr> <td>0</td> <td>76,29</td> <td>0</td> <td>74,51</td> </tr> <tr> <td colspan="4">Summen</td> </tr> </table>				Teil B / Fachbereiche I, II, III, IV / Planstellenanteile insgesamt :				0	76,29	0	74,51	Summen																							
Teil B / Fachbereiche I, II, III, IV / Planstellenanteile insgesamt :																																			
0	76,29	0	74,51																																
Summen																																			
<b>Gesamtergebnis</b>																																			
<table border="1"> <tr> <td colspan="4">Teil A und B / B, RPA, GL, PR und Fachbereiche I, II, III, IV / Planstellenanteile insgesamt :</td> </tr> <tr> <td>39</td> <td>165,23</td> <td>204,23</td> <td>35,9</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td>158,1</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td>194</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td>39</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td>165,12</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td>204,12</td> </tr> <tr> <td colspan="4">Summen</td> </tr> </table>				Teil A und B / B, RPA, GL, PR und Fachbereiche I, II, III, IV / Planstellenanteile insgesamt :				39	165,23	204,23	35,9				158,1				194				39				165,12				204,12	Summen			
Teil A und B / B, RPA, GL, PR und Fachbereiche I, II, III, IV / Planstellenanteile insgesamt :																																			
39	165,23	204,23	35,9																																
			158,1																																
			194																																
			39																																
			165,12																																
			204,12																																
Summen																																			
<p>Die Planstelle I.Wilke 2008 / 44 ist z.Z. nicht besetzt (Elternzeit) Rückkehr FD I.1  Die Planstelle Wesener 2008 / 74 ist z.Z. nicht besetzt (Elternzeit)  Die Planstelle Kayatz 2008 ist z.Z. nicht besetzt  Die Planstelle Thiessen 2008 / 124 ist zeitlich ab 1.01.2007 nicht besetzt, verursacht aber PK (Altersteilzeit / Ruhephase)</p>																																			



Anlage 2

**VERÄNDERUNGSLISTE  
STELLENPLAN  
2008**

**1.11.2007**



Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2008		Stadt Ahrensburg					
B Einrichtungen							Bemerkung
UA- Abschnitt	Stellenplan- nummer	Funktionsbezeichnung	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen	Stellenanteil	Zugang	Abgang	
			von EG	nach EG			
		FB II Sicherheit und Recht					
7300	151/2007	Beschäftigter				1	
		FB III Bildung, Sport, Kultur und Soziale Einrichtungen					
2110	157	Beschäftigte	6	5			
4642	193	Beschäftigte			0,46		
4642	2007 / 189	Beschäftigte				0,83	
4642	184	Beschäftigter			0,31		
4605	2007 / 200	Beschäftigte			0,5	0,5	
4641	2007 / 172	Beschäftigte				0,78	
4642	192	Beschäftigte			0,5		
4642	195	Beschäftigte			0,5		
3500	220	Beschäftigte				0,5	
				Summen	2,27	3,61	

Gesamtsummen A + B	6,48	6,59
Saldo		— 0,11

\* EG Entgeltgruppe

**VERÄNDERUNGSLISTE**  
schriftliche Begründung

**STELLENPLAN**

**2008**

**Veränderungsliste zum Stellenplan der Stadtverwaltung Ahrensburg 2008  
Stand 1.11.2007**

<p align="center"><b>Unter- abschnitte</b></p> <p align="center"><b>Lfd. Nr. Stellenplan</b></p> <p align="center"><b>Seite Veränderungs- liste</b></p>	<p align="center"><b>Begründungen zur Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2008</b></p>
	<p><b>Allgemeine Hinweise</b></p> <p>In der Veränderungsliste 2008 sind die Stellenplanänderungen dargestellt. Die ersten 4 Ziffern in der linken Spalte weisen auf den Haushaltsunterabschnitt hin. Die nächste Ziffer nennt die laufende Nummer im Stellenplan 2008 und die untere Ziffer nennt die Seitenzahl im Stellenplan 2008.</p> <p>Die Planstelle 2007 / Nr. 30, Datenschutzbeauftragter wird in Abgang gestellt.</p>
	<p><b>Altersteilzeit/Ruhephase und Beurlaubungen</b></p> <p>Die/Der in Altersteilzeit Beschäftigte arbeitet im Altersteilzeitverhältnis die Hälfte der bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit. Im Blockmodell arbeitet sie/er im bisherigen Umfang weiter (Arbeitsphase) und ist in der zweiten Hälfte des Altersteilzeitverhältnisses (Freistellungsphase) von der Verpflichtung zur Erbringung von Arbeitsleistungen befreit.</p> <p>Die Bezüge erhält sie/er in hälftiger Höhe des bisherigen Entgelts. Erhöht werden die Bezüge um einen Aufstockungsbetrag, so dass ca. 83% der Tabelle eines pauschalierten Nettobetrages erreicht werden. Der Arbeitgeber spart also ca. 17% an Entgelt in der Arbeitsphase. Die Arbeitsleistung aber beträgt 2x19,25 Wochenstunden = 38,5 wöchentlich. Der Beschäftigte scheidet nach der Arbeitsphase defakto aus und beendet seine Arbeitsleistung, die er ja schon für die Ruhephase vorab geleistet hat.</p> <p>5 ATZ-Ruhephasefälle .Die Personalkosten sind in den UA 1120, 2310, 0240, 3500 und 6020 berücksichtigt. Die Planstellen sind nachrichtlich im Stellenplan 2008 aufgeführt.</p> <p>Insgesamt sind 4 Beamtinnen und 10 Beschäftigte beurlaubt. Die Planstellen sind nachrichtlich im Stellenplan 2008, Seite 14 aufgeführt.</p>

30.10.07

	<p><b>Teil A Verwaltung</b></p> <p><b>Stellenplanänderungen</b> (inkl. Veränderungen der Stundenanteile, Befristungen, Bewertungen sowie Umsetzungen von ku-Vermerken)</p>
<p>0200 2008 / 30 Stellenpl. Seite 2</p>	<p>Die Stelleninhaberin ist derzeit mit 30 WoSt. beschäftigt.</p> <p>Im Schreibdienst des Fachdienstes Zentrale Dienste sind zurzeit zwei Teilzeitkräfte mit 34 bzw. 30 Wochenarbeitsstunden beschäftigt. Bis Ende April 2006 war eine weitere Teilzeitkraft mit 27 Wochenstunden in diesem Bereich tätig. Diese Stelle wurde nach Ausscheiden der Stelleninhaberin nicht nachbesetzt und im Stellenplan 2007 gestrichen. Es zeigt sich nun, dass der Arbeitsanfall mit den beiden verbliebenen Teilzeitkräften nicht zu bewältigen ist.</p> <p>Die beiden Mitarbeiterinnen des zentralen Schreibdienstes sind mit folgenden Aufgaben betraut:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schreibearbeiten für alle Bereiche der Verwaltung</li> <li>• Bearbeitung von Ehe- und Altersjubiläen</li> <li>• wöchentliche Aktualisierung der Wohnungsangebotsliste</li> <li>• Verwaltungsbücherei (Verteilung der eingehenden Zeitschriften, Versand der Gesetzes- und Verordnungsblätter per Mail, Heraussuchen von Gesetzen auf Anforderung der Mitarbeiter/innen, Sammlung und Verteilung von Rundschreiben, Rechnungsbearbeitung, Beauftragung von Buchbindearbeiten)</li> <li>• HÜL-Führung für den Fachdienst I.3</li> <li>• Vertretung der Vorzimmersekretärin</li> <li>• Vertretung der Sekretärin des FBL I (Schreibearbeiten für FBL I, dort auch für die GAG, insbes. als Urlaubsvertretung, aber auch als ständige Vertretung freitags, tägliche Postverteilung für FB I)</li> <li>• Verwaltung der Sammlung der Dienstanweisungen einschl. Versand der Aktualisierungen</li> <li>• Unterstützung der Sachbearbeiter/innen des FD I.3, wie z. B. derzeit das Anlegen von Akten im DMS</li> </ul>
<p>0200 2007 / 30 Stellenpl. Seite 2</p>	<p>Die für den Datenschutz 2007 / 30 eingerichtete PLST. wird nicht in Anspruch genommen, weil es zu keiner Vereinbarung mit den Umlandgemeinden gekommen ist.</p> <p>Die Planstelle ist in Abgang zu stellen</p>
<p>0200 2008 / 38 Stellenpl. Seite 2</p>	<p>Die Stelleninhaberin hat z. Z. 35 Wochenstunden. Durch die Gründung der Gasversorgung Ahrensburg (GAG) wurde die Arbeitszeit der Stelleninhaberin befristet bis zum 31.12.2007 um 3,5 WoStd. angehoben. Es gelingt regelmäßig nicht die zusätzlichen Tätigkeiten für den Geschäftsführer der GAG in der normalen Arbeitszeit zu erledigen. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, die Planstelle als Vollzeitstelle befristet bis zum 31.12.2008 auszuweisen. Die Mehrstunden sind durch Kostenerstattung der GAG kostenneutral.</p>
<p>0230 2008 / 46 Stellenpl. Seite 3</p>	<p>Die nicht genutzten 19 Wost der P1St. 56 (Standesamt) werden im FB II, Sicherheit und Recht und FD II.1, Grundsatzangelegenheiten dringend gebraucht, da die Stelleninhaberin 53 (Beamtin) mit „ihrer“ PLSt (A 10) in den FD II.2, Personenstandswesen umgesetzt wurde. Die P1St. 46 beinhaltet folgende Tätigkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Büroorganisation der Fachbereichsinnenverwaltung sicherstellen</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verwaltungsangelegenheiten FFw bearbeiten: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Haushaltsangelegenheiten / HÜL / Berichtswesen an Gemeindeführung</li> <li>- Zuschüsse beantragen und abrechnen</li> <li>- Bescheide für gebührenpflichtige Einsätze erstellen</li> <li>- Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige / Beiträge von/ an Dritte überwachen und leisten</li> <li>- Unterhaltung Trinkwassernotbrunnen</li> <li>- Alarmplan fortschreiben</li> <li>- Sachschäden im Rahmen der Billigkeitsentschädigung FUK bearbeiten</li> <li>- Haushaltsangelegenheiten</li> </ul> </li> <li>• Schaden und Wahlen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen unterstützen</li> <li>- Bei der Abwicklung von Versicherungsangelegenheiten unterstützen</li> <li>- Schulsachschäden im Rahmen der Schülerunfallversicherung bearbeiten.</li> </ul> </li> </ul> <p>Zugang 19 WoSt. (Stellenplanneutral)</p>
0230 2008 / 56 Stellenpl. Seite 3	<p>Die Stelleninhaberin ist aus der Elternzeit aus persönlichen Gründen mit TZ, 20 WoSt. zurückgekehrt. Sie hat bisher eine Vollzeitstelle ausgefüllt. Die nicht genutzten freien 19 WoSt. der Planstelle werden in den FB II, Sicherheit und Recht und FD II.1 Grundsatzangelegenheiten umgesetzt.</p> <p>Abgang 19 WoSt. (Stellenplanneutral)</p>
4000 2007 / 82 Stellenpl. Seite. 4	<p>Die Stelleninhaberin war in der Sozialhilfe tätig und zur ARGE Ahrensburg abgeordnet. Im Juli 2007 verstarb die Stelleninhaberin.</p> <p>Die Planstelle bei der ARGE wird nicht wieder besetzt und kann damit in Abgang gestellt werden.</p>
4520 2008 / 98 Stellenpl. Seite. 5	<p>Für den Stellenplan 2008 wird eine halbe (19,50 WoSt) Planstelle im Schulzentrum Am Heimgarten beantragt.</p> <p>Die halbe Planstelle soll eingerichtet werden für die Betreuung von Schülerinnen und Schülern in schwierigen Lebenslagen, insbesondere begründet durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anstieg der Gewaltbereitschaft, auch bei Schülerinnen</li> <li>• Erhöhter Gesprächsbedarf mit den Beteiligten, wichtig ist hier vernetzt zu arbeiten um Verbindungen zu anderen Organisationen aufzubauen (Beratungsstellen, Therapiestellen..)</li> <li>• Anstieg der Drogenproblematik und des Absentismus (Schwänzer)</li> <li>• Begleitung des Sozialisierungsprozesses, da es vermehrt Elternhäuser gibt, die ihren Erziehungsauftrag nicht mehr nachkommen können oder wollen.</li> <li>• Die hohe Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund</li> </ul> <p>Die Schulsozialarbeit soll sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler oder individuell beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler Hilfen anbieten und ihre persönliche, schulische und letztlich berufliche Ausbildung sowie ihre soziale Integration fördern. Der steigende Bedarf an Hilfen im Schulzentrum Am Heimgarten wird anerkannt.</p> <p>Eine neue Planstelle wird mit 19,5 WoSt. und der EG 9 eingerichtet.</p>
4520 2008 / 99	<p>Für den Stellenplan 2008 wird eine halbe (19,50 WoSt) Planstelle Ganztagschule an der IGS beantragt.</p>

30.10.07

<p>Stellenpl. Seite 5</p>	<p>Im Rahmen der Beschlussfassung über die Errichtung der offenen Ganztagschule wurde festgelegt, dass keine weiteren Personalkosten für die Stadt Ahrensburg entstehen. Das Land Schleswig-Holstein stellt für die Organisation der offenen Ganztagschule 2 Unterrichtsstunden zur Verfügung. Nach zwei Jahren hat sich in der Praxis bewiesen, dass die Arbeitsbelastung für die Organisation der offenen Ganztagschule weit mehr als die 2 Unterrichtsstunden ausmacht und nicht ehrenamtlich aufgefangen werden kann. Der Betrieb der offenen Ganztagschule ist so umfangreich, dass ohne die Bereitstellung einer halben Sozialpädagogenstelle erhebliche Einschränkungen bei der Anzahl und Qualität der Kurse hingenommen werden müsste.</p> <p>Die halbe Planstelle soll eingerichtet werden für die Betreuung von Schülerinnen und Schülern in schwierigen Lebenslagen, insbesondere begründet durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anstieg der Gewaltbereitschaft, auch bei Schülerinnen</li> <li>• Erhöhter Gesprächsbedarf mit den Beteiligten, wichtig ist hier vernetzt zu arbeiten um Verbindungen zu anderen Organisationen aufzubauen (Beratungsstellen, Therapiestellen.)</li> <li>• Anstieg der Drogenproblematik und des Absentismus (Schwänzer)</li> <li>• Begleitung des Sozialisierungsprozesses, da es vermehrt Elternhäuser gibt, die ihren Erziehungsauftrag nicht mehr nachkommen können oder wollen.</li> <li>• Die hohe Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund</li> </ul> <p>Die Schulsozialarbeit soll sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler oder individuell beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler Hilfen anbieten und ihre persönliche, schulische und letztlich berufliche Ausbildung sowie ihre soziale Integration fördern. Der steigende Bedarf an Hilfen in der Ganztagschule IGS wird anerkannt. Eine neue Planstelle wird mit 19,5 WoSt. und der EG 9 eingerichtet.</p>
<p>0355 2008 / 134 Stellenpl. Seite 6</p>	<p>Der Stelleninhaber hat einen befristeten AV bis zum 31.07.2008. Um die Aufgaben weiterhin zu erfüllen, wird eine weitere Befristung von 3 Jahren notwendig.</p> <p>Gemäß Beschlusslage über die Einrichtung der Organisationseinheit Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) ist eine Personalausstattung von 10,24 Planstellen erforderlich gewesen. Diese Bemessung beinhaltet für die Startphase einen Zuschlag von 1 Planstelle. Verbleiben also nach der Startphase 9,24 Vollzeitstellen. Besetzt ist der Fachdienst zur Zeit mit 8,77 Stellenanteilen (zuzüglich Hausmeisterstellen, Kantinen- und Reinigungspersonal). Damit im Fachdienst IV.4 die nach der Startphase vorgesehene Personalausstattung verbleibt, ist es erforderlich eine unbefristete Planstelle vorzusehen.</p> <p>Der Stelleninhaber ist als Techniker im FD IV.4, ZGW tätig, sowohl in der Gebäudeunterhaltung, der Unterhaltung der Außenanlagen, sowie der Prüfung und Kontrolle von Sportgeräten. Im Bereich der technischen Gebäudeunterhaltung hat der Stelleninhaber auch die Mietwohnungen mit übernommen. Hierfür sind entsprechend der neuen Gesetzeslage Energiepässe zu erstellen und Brandmelder zu installieren. Über den Renovierungstau der städtischen Wohnungen hat sich 2004 bereits der Landesrechnungshof geäußert und auf den nicht mehr zeitgemäßen Zustand hingewiesen. Die Zielsetzung, Mietwohnungen nach Möglichkeit zu veräußern, ist demnächst erreicht. Der dann aus verschiedenen Gründen im Besitz der Stadt verbleibende Bestand muss betreut werden. Durch die per Gesetz geforderten Erneuerungen besteht zusätzlicher Arbeitsaufwand. Weiterhin ist der Stelleninhaber auch zuständig für die Unterhaltung der Turn- und Sportgeräte. Hierzu müssen wiederkehrende Prüfungen, mindestens jährlich, erfolgen. Die erforderliche Sachkunde besitzt der Stelleninhaber. Für die Pflege und Unterhaltung der Außenanlagen liegen keine oder nicht aktuelle Daten vor, um die Mengen und Massen zu erfassen, auf deren Basis die Erstellung von Leistungsbeschreibungen erfolgen kann. Auch für dieses Sachgebiet ist der Stelleninhaber z. T. zuständig.</p> <p>Unter Beibehaltung der Befristung wäre der Fachdienst ab Mitte 2008 mit nur 7,77 Stellen besetzt. In dem Organisationsgutachten der Fa. Petersen &amp; Co sind 10,11 Stellenanteile für den Fachdienst IV.4 - ohne Hausmeisterdienste, Reinigungs- und Kantinenpersonal - vorgesehen.</p>

	<p>Eine hausinterne Umsetzung ist aus den fachlichen Anforderungen heraus nicht gegeben.</p> <p>Die Planstelle wird bis zum 01.08.2011 befristet.</p>
	<p><b>Planstellen für Beamtinnen und Beschäftigte die aus der EZ oder Beurlaubung zurückkehren</b></p>
<p>0300 2008 / 11 Stellenpl. Seite 1</p>	<p>Die in Elternzeit befindliche Beamtin A 8 kehrt im August 2008 mit 20 WoSt. zurück. Die Planstelle 2008 / 61 war unbesetzt und war für die beurlaubte Beschäftigte und die sich in EZ befindliche Beamtin vorgesehen. Die Beschäftigte kehrt mit 20 WoSt. im Dez. 2007 zurück. Die Planstelle kann deshalb als TZ-Planstelle ausgewiesen werden. Die verbleibenden restlichen Stundenanteile (0,5) werden als TZ-Planstelle (A 8) im FD I.1. eingerichtet und werden für die zu beginnende Doppeltätigkeit benötigt. Diese Veränderung ist in der Veränderungsliste, Anlage 2, dargestellt und wirkt sich im Ergebnis des Stellenplans neutral aus.</p>
<p>0300 2008 / 12 Stellenpl. Seite. 1</p>	<p>Die Stelleninhaberin (Beschäftigte) Planstelle 2007/54 war bis zu ihrer Gewährung von EZ und Sonderurlaub (04.07.2007 - 25.07.2008) unbefristet in der Stadtkasse tätig. Eine weitere Sonderbeurlaubung wäre möglich. Ihre Planstelle ist unbefristet wieder besetzt worden (Bericht im Hauptausschuss). Ab dem 26.07.2008 hätte die Stelleninhaberin einen tariflichen Anspruch auf eine unbefristete Planstelle nach EG 8. Die Planstelle ist ausschließlich der zurückkehrenden Beschäftigten vorbehalten. Personalkosten entstehen erst bei tatsächlicher Stellenbesetzung.</p> <p>Eine neue Planstelle wird mit der EG 8 im FD I.1 für die Tätigkeiten der Doppik eingerichtet.</p>
	<p><b>Begründungen zur Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2008 Teil B Einrichtungen</b></p>
<p>1300 2007 / 154 Stellenpl. Seite. 8</p>	<p>Der Stelleninhaber scheidet am 31.03.2008 aus. Die Planstelle wird nicht wieder besetzt und wird mit dem Stellenplan 2009 in Abgang gestellt.</p>
<p>2110 2008 / 157 Seite 8</p>	<p>Nach Neubesetzung der Planstelle wurde der ku-Vermerk von EG 6 nach EG 5 umgesetzt.</p>
<p>4642 2008 / 184 Stellenpl. Seite 10</p>	<p>Der Stelleninhaber hatte 20 WoSt. Die Stelleninhaberin 2008/195 kehrte aus der EZ mit reduzierten 19 WoSt (bisher 32 WoSt.) zurück. Von ihrem freigewordenen Stundenanteil (= 13 WoSt) erhält der Stelleninhaber 2008/184 12 WoSt. Seine Planstelle wird also um 12 WoSt auf 32 WoSt aufgestockt. Insgesamt bleibt bei dieser Regelung 1 WoSt unbesetzt.</p>

<p>4642 2008 / 193 Stellepl. Seite 10</p>	<p>Antrag zur Aufstockung um 18 pädagogische Personalstunden</p> <p>In mehreren Sozialausschusssitzungen und zuletzt durch den zur Kenntnis genommenen Zielkatalog wurde festgelegt eine zweite Gruppe zur flexiblen Ganztagsgruppe umzuwandeln. Bereits mit der Vorlage Nr. 2006/104 sollte in der Kita Schäferweg die erste flexible Ganztagsgruppe eingerichtet werden. Der Sozialausschuss hat dieses aber zunächst für die Kita Gartenholz genehmigt.</p> <p>Die Aufstockung soll zum Sommer 2008 umgesetzt werden.</p> <p>Eine neue Planstelle nach EG 8 (Erzieherin) ist einzurichten.</p>
<p>3500 2007/ 215 2008 / 220 Stellenpl. Seite 11</p>	<p>Die Stelleninhaberin ist z. Z. in der ATZ-Ruhephase. Die Nachbesetzung erfolgte mit 19,25 WoStd. Einsparung 0,5 PIST.</p>
	<p><b>Dienstposten- und Tätigkeitsbewertungen</b></p>
<p>0240 2008 / 33 Stellenpl. Seite 2</p>	<p>Die Dienststellenleitung wird nach organisatorischen Veränderungen und Übertragung von zusätzlichen Tätigkeiten den Dienstposten neu bewerten lassen. Liegt die Wertigkeit des Dienstpostens bei über 462 Pkt. entspricht der Dienstposten lt. Dienstpostentabelle der Bes.Gr. A 12 g.D.</p> <p>Damit entsteht kein Anspruch auf Beförderung.</p>
	<p><b>Umsetzungen</b></p>
<p>0240 2008 / 34 Stellenpl. Seite 2</p>	<p>Der Stelleninhaber wechselte vom FD I.3, Zentrale Dienste in den FD I.4, Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit zum 01.07.2007 von PIST. 23 auf PIST. 34.</p>
<p>0200 2008 / 26 Stellenpl. Seite 2</p>	<p>Der Stelleninhaber wechselte innerhalb des FD I.3, Zentrale Dienste zum 01.07.2007 von der PIST. 24 (Beschaffung) auf die PIST. 26 (Organisation).</p>
<p>0200 2008 / 27 Stellenpl. Seite 2</p>	<p>Die Stelleninhaberin wechselte vom FD IV.4, Zentrale Gebäudewirtschaft in den FD I.3, Zentrale Dienste zum 01.07.2007 von PIST. 131 auf PIST. 27.</p>
<p>0230 2008 / 50 Stellenpl. Seite 3</p>	<p>Der Stelleninhaber wechselte vom FD I.4, Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit in den FD. II.1 Grundsatz- und Ordnungsangelegenheiten zum 1.07.2007 von PIST. 32 auf PIST. 50.</p>
<p>0355 2008 / 137</p>	<p>Die Stelleninhaberin wechselte vom FD II.2, Personenstands- und Einwohnermeldewesen in den FD IV.4, Zentrale Gebäudewirtschaft zum 01.07.2007 von</p>

Stellenpl. Seite 7	PISt. 55 auf PISSt. 137.
0500 2008 / 55 Stellenpl. Seite 3	Die Stelleninhaberin wird in den FD II.2, Personenstands- und Einwohnermeldewesen (mit der PISSt, Wertigkeit A 10) umgesetzt (2007 / 44). Die Stelleninhaberin war bereits in der Vergangenheit mit 0,8 Stundenanteilen der PISSt für das Standesamt tätig.
0500 2008 / 60 Stellenpl. Seite 3	Bei der PISSt. 58 im FD II.2, Personenstands- und Einwohnermeldewesen ist nach der Neubesetzung der ku-Vermerk, EG 5, umgesetzt worden.
1300 2008 / 58 Stellenpl. Seite 3	Der Stelleninhaber wechselt vom FD II.1, Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten in den FD II.2, Einwohnermeldewesen / Infothek.
4641 2008 / 192 Stellenpl. Seite 10	Die Stelleninhaberin wechselte als Springerin vom Kita Pionierweg 2007/172 in die Kita Schäferweg mit reduzierter Stundenzahl von 30 auf 19 WoSt. Einsparung 11 WoSt.
4605 2008 / 191 Stellenpl. Seite 10	Die Stelleninhaberin wechselte vom Waldkindergarten 2007/200 als Springerin in die Kita Schäferweg mit 19,25 WoSt.
4605 2008 / 195 Stellenpl. Seite 10	Die Stelleninhaberin kommt nach EZ 2007/189 mit 19 WoSt zurück.

Berechnung der Stellenanteilsverhältnisse nach § 26 Bundesbesoldungsgesetz BBesG und der Stellenobergrenzenverordnung für Kommunalbeamte/-innen (KomStoVo)

Laufbahn	Besoldungsgruppe	Zahl der Planstellen 2008	abz. der Stellen nach § 4 KomStoVo und der VO v. 23.12.71 i.d.F.d. ÄndVO vom 30.04.1974	Bereinigzte Zahl der Planstellen	Summe der Planstellen für eine Bewertung nach		Höchstgrenzen			Ist 2007
					§ 26 Abs. 1 BBesG	nach § 26 BBesG Abs 1 %	Abs. 1 Anz.	Nach KomStoVo vom 13.12.2005	Gesamt (jew. günstigeres Ergebnis)	
höherer Dienst	B 4	1		1						1
	A 16	0		0			40	1,2		0
	A 15	3		3			40	1,2		2
	A 14	0		0						1
	A 13	0		0						
gehobener Dienst		4								
	A 13	5		5			6	1,74		5
	A 12	5		5			16	4,64		5
	A 11	10		10			30	8,7		10
	A 10	8		8						8
mittlerer Dienst	A 9	1		1						1
		29								
	A 9 + Zul.	1		1						1
	A 9	2		2			8	0,48		2
	A 8	2		2			30	1,8		2
A 7	0		0			40	2,4		0	
A 6	1		1						0	
A 5	0		0						1	
		6,0								
		39		39						39

# STELLENPLANQUERSCHNITT

## STELLENPLAN

2008

1.11.2007

Stellenplanquerschnitt 2008  
(ohne Wahlbeamte auf Zeit)

Anlage 5

01.11.2007

Fachbereiche Fachdienste	Beamte (Besoldungsgruppe A)																Insgesamt		
	höherer Dienst A				gehobener Dienst A						mittlerer Dienst A								
	B 4	15	14	13	13	12	11	10	9	8	7	6	5	Zus.	A	Verwaltung		B	Verwaltung
A. Verwaltung																			
Obere Gem.O																			
RP-Amt																			
Gleichst.-Be.																			
Personalrat																			
ÖAS																			
Fachbereich I		1,0			1,0	2,0	4,0	4,0							1,0				
Fachbereich II		1,0			1,0	1,0	4,0	2,0	3,0	1,0				1,0					
Fachbereich III					1,0	1,0		1,0											
Fachbereich IV		1,0			1,0		2,0	3,0	0,0	0,0									
Summe 2008		3,0	0,0	0,0	5,0	4,0	10,0	8,0	2,0	3,0	2,0	1,0		38,0		87,64		77,45	203,1
Summe 2007		3,0	0,0	0,0	5,0	4,0	9,0	9,0	2,0	3,0	2,0	1,0		38,0					

## Stellenplanquerschnitt 2008

01.11.2007

Fachbereich Fachdienst	Entgeltgruppen der Beschäftigten															Insgesamt		
	15 Ü	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2 Ü		2	1
A. Verwaltung																		
Obere Gem.O																		
RP-Amt					1,70													
Gleichst.-Be.				1,0														
Personalrat									1,0									
ÖAS																		
Fachbereich I					4,0	3,0	3,38	1,5	4,10	3,23	2,20							
Fachbereich II					11,01	2,50	4,17	4,15	3,08	1,00							1,04	
Fachbereich III				1,0	0,91	1,97	0,60	0,73	5,0	3,53	1,80							
Fachbereich IV				5,0	5,0	1,0	2,0	5,0	5,0	3,53	1,80							
Summe 2008				7,0	10,6	4,0	21,4	7,6	16,4	11,9	4,0						3,05	1,04
Summe 2007			2,0	7,0	11,6	4,0	21,9	7,1	16,2	11,9	3,8						3,05	1,0
Fachbereich Fachdienst																		
B. Einrichtungen																		
Fachbereich I							1,0			0,78	0,5							
Fachbereich II						1,0		2,0	1,0	0,50								
Fachbereich III			1,65		2,0	3,63	14,11	14,32	8,59	10,14	1,52				1,91			
Fachbereich IV								5,0	7,00						0,71			
Summe 2008			1,65		2	4,63	15	16,52	14,6	18,42	0,5				2,62			77,45
Summe 2007			1,65		2	4,63	14,1	16,5	15,1	18,42	0,5				2,62			77,04

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2007/126</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 31.10.2007	Aktenzeichen	Federführend: Herr Zimmermann

**Betreff**

**Budgetbericht Hauptausschuss III. Quartal 2007**

<b>Beratungsfolge</b> <b>Gremium</b> Hauptausschuss	<b>Datum</b> 12.11.2007	<b>Berichterstatter</b>
---	----------------------------	-------------------------

Finanzielle Auswirkungen :		JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung :		JA		NEIN
Haushaltsstelle :				
Gesamtausgaben :				
Folgekosten :				
<b>Bemerkung:</b>				

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss nimmt vom vorgelegten Budgetbericht über das 3. Quartal 2007 Kenntnis.

**Sachverhalt:**

Nach Ziffer 4.3 des von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Berichtswesens hat die Berichterstattung über Haushalts- und Finanzdaten (Budgetbericht) jeweils quartalsweise zu erfolgen. Personalkosten sind nicht Gegenstand des Budgets. Dabei wird im 2., 3. und 4. Quartal über die laufende Entwicklung des Budgets eines Ausschusses auf Ebene der Unterabschnitte berichtet. Der Bericht im 1. Quartal erfolgt als Rückblick auf das vorangegangene Haushaltsjahr und wird erstmalig in 2008 für das Haushaltsjahr 2007 vorgelegt werden.

Abweichungen, die nicht dem Regelverlauf (Regelverlauf: 25 %, 50 %, 75 %, 100 % der zur Verfügung stehenden Mittel zu den o. g. Berichtsterminen) entsprechen und um 20 % vom Regelverlauf abweichen, mindestens jedoch 10.000 € betragen, sind zu erläutern.

Für den abgelaufenen Berichtszeitraum besteht für folgende Unterabschnitte (UA) eine Berichtspflicht:

## **Verwaltungshaushalt:**

### **Einnahmen**

#### 1. UA 0200, Zentrale Dienste

Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sowie Post- und Fernmeldegebühren sind noch nicht in vollem Umfang berücksichtigt.

#### 2. UA 0800, Einrichtungen für Verwaltungsangehörige

Die Rückzahlung wurde bereits im I. Quartal beantragt, die Auszahlung sollte lt. VBL im Sommer 2007 erfolgen. Da einige Kommunen bereits Rückzahlungen erhalten haben, wird in Kürze mit dem Eingang bei der Stadt Ahrensburg gerechnet.

#### 3. UA 1120, Einwohnermeldewesen

Erhöhte Nachfrage von Bürgern nach neuen Ausweisen.

#### 4. UA 5700, badlantic

Für abgeordnete Mitarbeiter sind von der E.ON Hanse bzw. der BBG Personalkosten zu erstatten. Diese Erstattung wird zeitversetzt zum Ende bzw. Beginn des Folgejahres abgewickelt.

### **Ausgaben**

#### 1. UA 0200, Zentrale Dienste

Bindung von Mitteln durch Auftragsvormerkungen für laufende Projekte. Eine Buchung, die irrtümlich nicht aus dem dafür vorhandenen Auftrag erfolgte, wurde mittlerweile korrigiert.

#### 2. UA 0230, Rechtsverwaltung

Veranschlagte ELER-Mittel werden zum Jahresende abgerufen.

#### 3. UA 0240, Öffentlichkeitsarbeit

Der Beginn erster Maßnahmen im Bereich Stadtmarketing erfolgte erst später als geplant.

#### 4. UA 1300, Feuerlöschwesen, allgemein

Innere Verrechnungen (ZGW)

5. UA 7300, Märkte

Kalkulatorische Zinsen

**Vermögenshaushalt:**

**Ausgaben**

1. UA 0200, Zentrale Dienste

Bindung von Mitteln durch Auftragsvormerkungen und bereits getätigte Ausgaben durch Jahresausschreibungen, u. a. für Anschaffung eines Dienstfahrzeugs.

2. UA 0610, Umsetzung TUI

Bindung von Mitteln durch Auftragsvormerkungen und bereits getätigte Ausgaben durch Jahresausschreibungen.

3. UA 1331, Ortswehr Ahrensburg

Neu- und Ersatzbeschaffungen sind noch nicht erfolgt, Ausschreibungsverfahren und Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen (Ersatzbeschaffung Löschfahrzeug).

---

Pepper  
Bürgermeisterin

**Anlagen:**

**Budgetbericht 3. Quartal 2007**

## Einnahmen

UA	zuständig	HH-Ansatz	Reste	verfügbar	75%	AO-Soll	Aufträge	gebunden	Erläuterung
0000	I.4	13.300,00 €	0,00 €	13.300,00 €	9.975,00 €	13.300,00 €	0,00 €	13.300,00 €	
0010	I.4	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
0100	RPA	13.000,00 €	0,00 €	13.000,00 €	9.750,00 €	13.000,00 €	0,00 €	13.000,00 €	
0200	I.3	228.800,00 €	0,00 €	228.800,00 €	171.600,00 €	108.640,17 €	0,00 €	108.640,17 €	X
0220	I.2	34.400,00 €	0,00 €	34.400,00 €	25.800,00 €	34.400,00 €	0,00 €	34.400,00 €	
0230	II.1	10.100,00 €	0,00 €	10.100,00 €	7.575,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
0240	I.4	800,00 €	0,00 €	800,00 €	600,00 €	775,00 €	0,00 €	775,00 €	
0250	GL	500,00 €	0,00 €	500,00 €	375,00 €	342,00 €	0,00 €	342,00 €	
0260	III.4	15.000,00 €	0,00 €	15.000,00 €	11.250,00 €	12.351,25 €	0,00 €	12.351,25 €	
0500	II.2	71.700,00 €	0,00 €	71.700,00 €	53.775,00 €	58.833,00 €	0,00 €	58.833,00 €	
0520	II.1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
0800	I.2	90.000,00 €	0,00 €	90.000,00 €	67.500,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	X
0810	PR	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
0820	I.2	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
1100	II.1	52.200,00 €	0,00 €	52.200,00 €	39.150,00 €	47.755,00 €	0,00 €	47.755,00 €	
1120	II.2	100.700,00 €	0,00 €	100.700,00 €	75.525,00 €	103.139,43 €	0,00 €	103.139,43 €	X
1130	II.1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
1300	II.1	24.700,00 €	0,00 €	24.700,00 €	18.525,00 €	25.797,39 €	0,00 €	25.797,39 €	
1400	II.1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5700	I.1	197.600,00 €	0,00 €	197.600,00 €	148.200,00 €	105.261,57 €	0,00 €	105.261,57 €	X
7300	II.1	165.000,00 €	0,00 €	165.000,00 €	123.750,00 €	144.972,97 €	0,00 €	144.972,97 €	

 kein Erläuterungsbedarf

 Überschreitung > 20%

 Unterschreitung < 20%

## Ausgaben

UA	zuständig	HH-Ansatz	Reste	verfügbar	75%	AO-Soll	Aufträge	gebunden	Erläuterung
0000	I.4	82.400,00 €	0,00 €	82.400,00 €	61.800,00 €	57.157,70 €	0,00 €	57.157,70 €	
0010	I.4	7.800,00 €	0,00 €	7.800,00 €	5.850,00 €	5.505,00 €	0,00 €	5.505,00 €	
0100	RPA	2.900,00 €	500,00 €	3.400,00 €	2.550,00 €	1.446,63 €	0,00 €	1.446,63 €	
0200	I.3	288.400,00 €	3.800,00 €	292.200,00 €	219.150,00 €	260.163,60 €	92.168,40 €	352.332,00 €	X
0220	I.2	46.100,00 €	0,00 €	46.100,00 €	34.575,00 €	29.919,29 €	417,40 €	30.336,69 €	
0230	II.1	27.200,00 €	5.000,00 €	32.200,00 €	24.150,00 €	9.662,38 €	0,00 €	9.662,38 €	X
0240	I.4	111.300,00 €	37.000,00 €	148.300,00 €	111.225,00 €	56.791,55 €	5.419,49 €	62.211,04 €	X
0250	GL	12.900,00 €	0,00 €	12.900,00 €	9.675,00 €	9.418,03 €	0,00 €	9.418,03 €	
0260	III.4	43.000,00 €	0,00 €	43.000,00 €	32.250,00 €	33.072,56 €	0,00 €	33.072,56 €	
0500	II.2	15.300,00 €	0,00 €	15.300,00 €	11.475,00 €	11.530,79 €	0,00 €	11.530,79 €	
0520	II.1	5.500,00 €	0,00 €	5.500,00 €	4.125,00 €	2.631,18 €	0,00 €	2.631,18 €	
0800	I.2	237.500,00 €	15.300,00 €	252.800,00 €	189.600,00 €	200.024,72 €	15.419,46 €	215.444,18 €	
0810	PR	5.100,00 €	500,00 €	5.600,00 €	4.200,00 €	1.925,44 €	0,00 €	1.925,44 €	
0820	I.2	4.400,00 €	0,00 €	4.400,00 €	3.300,00 €	3.121,14 €	0,00 €	3.121,14 €	
1100	II.1	47.300,00 €	900,00 €	48.200,00 €	36.150,00 €	30.398,10 €	0,00 €	30.398,10 €	
1120	II.2	94.900,00 €	0,00 €	94.900,00 €	71.175,00 €	72.140,66 €	0,00 €	72.140,66 €	
1130	II.1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
1300	II.1	290.300,00 €	1.000,00 €	291.300,00 €	218.475,00 €	158.861,67 €	80,00 €	158.941,67 €	X
1400	II.1	3.400,00 €	2.700,00 €	6.100,00 €	4.575,00 €	219,63 €	0,00 €	219,63 €	
5700	I.1	1.623.000,00 €	0,00 €	1.623.000,00 €	1.217.250,00 €	1.431.914,45 €	0,00 €	1.431.914,45 €	
7300	II.1	131.700,00 €	5.000,00 €	136.700,00 €	102.525,00 €	73.616,29 €	0,00 €	73.616,29 €	X

kein Erläuterungsbedarf

Erläuterungsbedarf wegen Überschreitung > 20%

Erläuterungsbedarf wegen Unterschreitung < 20%